

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

116 (28.4.1921) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wegpreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
beliebiger monatlich 5.50 M.
in den Ausgabestellen ab-
schol monatlich 5.10 M.
Abwärts durch unsere
Kontoren besogen 5.50 M.
monatlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus gebracht
monatlich 5.65 M., viertel-
jährlich 16.95 M.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Ritterstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die 9. Ges. Nonpareilbeserter
über deren Stamm a) lokal
1.40 M. b) auswärtig 1.60 M.
Reklamestelle 6.— M., an-
erker Stelle 6.50 M.
Abend nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Keinere Anzeigen freitags
bis 4 Uhr nachmittags.
Bemerkung: Geschäfts-
Geschäftsstelle Nr. 203.
Schriftleitung Nr. 20 u. 904
Gauvschriftleiter Nr. 277

Gesamtdruck: Hermann v. Laer, Verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Rest: Hermann Weid; für Anzeigen: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: G. S. Müller'sche Buchhandlung m. B. S. in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Pragerstraße 66/68, Telefon-Nr. 1114 und 2902. Für ungelieferte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 116. Donnerstag, den 28. April 1921. Erstes Blatt.

Die Besprechung der neuen Vorschläge im Reichstag.

Die zustimmende Erklärung der Koalitionsparteien. / Die Haltung der Mehrheitssozialisten. / Lärmereien während der Rede Dr. Helfferichs. / Bei der Rede Dr. Breitscheids verlassen die meisten Abgeordneten den Saal. / Vertagung der Besprechung auf heute.

Der Reichstag begann gestern nachmittag die wiederholt vertagte Aussprache über die auswärtsige Politik, der natürlich die vorgezogene Rede des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons über die neuen deutschen Vorschläge an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in erster Linie zugrunde lag. Den Auftakt bildete eine Erklärung der Regierungsparteien, die den Abg. Dr. Nieffer als Sprecher vorgelesen hatten. Daran war von vornherein nicht zu denken, daß die Koalitionsparteien Dr. Simons fallen lassen. So dedien sie seine neuen Vorschläge, wenn auch schweren Herzens; sie trugen mit ihm und der Regierung die Verantwortung, die ungeheuer groß ist, in der Meinung, daß auf diese Weise endlich die Welt den so notwendigen Frieden erhalten werde. Der Mehrheitssozialist Müller-Franken nahm die Regierung gegen den ihr von der Rechten gemachten Vorwurf der vollenenden Würdelosigkeit in Schutz und beklagte dann, daß das Kabinett nicht wenigstens den Auswärtigen Ausschuss von den Schritten unterrichtet habe, die es zu ungedenke. Müller ging dann mit den Deutschnationalen wegen ihrer Politik vor und während des Krieges darf ins Gericht, was bei dieser großen Enttäuschung auslöste, die sich bei einzelnen Stellen wiederholte. Als dann der Deutschnationale Dr. Helfferich zur Abwehr der Müller'schen Angriffe schritt, wurde der Lärm immer härter; es ereigneten sich außerordentlich würdelose Szenen, die die bisher im Ballotraum erlebten fast übertrafen, denn Sozialdemokraten und Deutschnationale ließen sich in ihren gegenseitigen Zurechnen zu wüsten persönlichen Beschimpfungen hinreißen. Dr. Breitscheid von den Unabhängigen hielt eine seiner bekanntesten Reden und meinte dabei, wenn wir diesmal mit einem blauen Auge davonkommen, so sei das nicht ein Verdienst der Regierung, sondern ein unerhörtes Glück. Der Kommunist Fröhlich zertrümmerte in seiner an und für sich ziemlich bedeutungslosen Rede den Kommunismus in Mitteldeutschland in die Debatte. Nach dem, was man darüber von seinem einzigen Fraktionschef Dr. Paul Levi gehört hat, hätte er besser getan, zu schweigen. Ein Vertagungsantrag des Vizepräsidenten Dittmann fand Zustimmung, worauf das Haus beschloß, heute die Beratung fortzusetzen. So nahm der gestrige Tag einen würdevollen Verlauf; zu dem uns vom Feindbund, hauptsächlich von Frankreich, drohenden neuen unangenehmen Unheil kommt noch eine jedes erträgliche Maß übersteigende Zerrissenheit im Innern des Reiches. Als ich gestern nachmittag aus dem Reichstagsgebäude ging, meinte ein keineswegs deutschfreundlicher bekannter Ausländer zu mir, es wäre freilich besser für Deutschland, wenn die Verhandlungen des Reichstages unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Er selbst war sich dabei der praktischen Unmöglichkeit eines solchen Ausschusses durchaus bewußt, aber sein Scherz hingetrotzt doch die neutrale Auffassung von der gegenwärtigen Anfechtbarkeit der öffentlichen politischen Verhandlungen wider.

Dabei darf freilich nach guter Orientierung die Bedeutung eines großen rheinischen Wastes richtig gestellt werden, als ob der englische Vorkämpfer in Berlin sich ostentativ für Hermann Müller als einen entgegengesetzten Kanzler oder Außenminister ausgesprochen habe. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfuhr, liegt es gerade dem Lord Aberdeen sehr fern, einseitig für den deutschen Sozialdemokraten Propaganda zu machen. Hingegen ist er Dienstag nacht in beschleunigter Weise nach dem Saal gerufen worden und in nachstehenden Kreisen legt man dieser Tatsache für die internationale Regelung der Reparationsfrage große Bedeutung bei.

Der Sitzungsbericht.
(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 27. April.
Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr bei mäßig beleuchtetem Saal.
In der Ansprache über die gestrige Rede Dr. Simons gibt als erster Redner der
Abg. Dr. Nieffer (D. Sp.)
im Namen der Deutschen Volkspartei, des Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei eine gemeinsame Erklärung ab des Inhalts, daß diese Parteien schweren Herzens, aber mit dem Gefühl der Verantwortung vor dem Volke ihr Einverständnis dazu aussprechen, daß sich die Regierung mit ihren Vorschlägen an den Präsidenten Harding gezwungen habe. Mit diesem Vorschläge werde dem

deutschen Volke ungeheures zugezogen; aber es wolle auch diese Zeit auf sich nehmen in der Hoffnung, daß damit der Welt der Frieden gegeben und Deutschland der Weg zur freibürgerlichen Entwicklung eröffnet werde. Für zurückgehende Betrachtungen sei jetzt nicht die Zeit, sollte aber dieser letzte Versuch fehlschlagen, so habe das deutsche Volk wenigstens den Willen gezeigt, in der Wiederumkehrung der Kriegsschäden bis an die Grenze des Möglichen zu gehen. (Zuruf von den Kommunisten: „Eine jammervolle Erklärung!“)

Abg. Müller-Franken (Soz.) wendet sich zunächst gegen die Deutschnationalen und spricht ihnen das Recht ab, der Regierung nationale Würdelosigkeit vorzuwerfen. Der Militarismus, der Anhänger dieser Partei, habe das ganze Land verschuldet. (Großer Lärm rechts.) Der Außenminister hätte allerdings in einer solchen Lebensfrage der Nation mindestens den Auswärtigen Ausschuss rechtzeitig unterrichten sollen. Die in Amsterdam von der Gewerkschaftsinternationale gefassten Entschlüsse sind das Maximum von Wohlwollen, das im Ausland für Deutschland aufgebracht wird. Die Parteien der Rechten haben kein Recht, über die Verzögerung der deutschen Vorschläge Beschwerde zu führen; denn sie wollten nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen überhaupt keine Vorschläge mehr machen. Wenn den Bewohnern der zerstörten Gebiete nicht früher Unterkunft geschaffen werden konnte, so liegt das an dem französischen Minister Rougier, der gegen die Hilfsaktion der deutschen Gewerkschaften Einspruch erhoben hat. (Hörl. Hörl.) Meine Partei ist noch heute der Meinung, daß die Pariser Forderung der 42 Jahreszahlungen unerfüllbar ist. Wenn das Reichskabinett einmütig die in seinem neuen Vorschlag übernommenen Lasten für erträglich hält, so haben wir keinen Anlaß, dagegen zu protestieren. (Als der Redner die Verzögerung der ehemaligen Kaiserin als eine monarchistische Demonstration und besonders die Teilnahme von Reichswehrverbänden verurteilt, kommen von der Rechten Entrüstungskundgebungen und erregte Zurufe, die von den Sozialdemokraten zurückgegeben werden.) Durch solche Demonstrationen werde im Ausland der falsche Eindruck erweckt, daß in Deutschland noch immer der Geist der Monarchie herrsche. Eine Einmischung des Militärs in die Politik, wie sie sich in den Mobilisierungsversuchen im Osten gezeigt hat, verbiten wir uns ganz entschieden. (Beifall bei den Soz.) Wir verlangen, daß der große Umfang der Reparationsforderung sofort eingestellt wird. Die Regierung muß die im Osten noch vorhandenen Waffenlager schleunigst aufheben, denn sie sollen doch nur den deutschnationalen Feinden der Republik dienen. Wir wollen unser Volk gegen die wirtschaftliche Verflawung und gegen die politische Zerreißung schützen. (Beifall bei den Soz.)

Zu großen Lärmereien kommt es, als der Abg. Dr. Helfferich (D. N.) bei Beginn seiner Rede dem Abg. Müller-Franken vorwirft, er habe mit seiner Rede den Alliierten Waffen gegen Deutschland in die Hand gegeben. Die Sozialdemokraten protestieren dagegen mit lauten Zurufen, indem sie Helfferich als Kriegsschuldigen bezeichnen. Als der Redner die Ausführungen Müllers über die Bezeichnung der Kaiserin als ein Zeugnis niedriger Gesinnung bezeichnet, bezeichnen ihn die Deutschnationalen mit Zurufen gegen die Sozialdemokraten, die von diesen mit Gegenrufen beantwortet werden. Im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzungen fällt von der Rechten gegen einen sozialdemokratischen Zuruf der Ruf: „Dämlicher Hund!“ Von sozialdemokratischer Seite wird ähnlich geantwortet. Als der Abg. Helfferich sagt, Deutschland bedürfe einer moralischen Reinigung, wird ihm von sozialdemokratischer Seite zugerufen: „Mit Ihnen muß angefangen werden!“

Helfferich fährt fort: Das Scheitern der Vermittlungsversuche beim Vatikan erinnert an die Vorgänge von 1917, wo die Friedensmöglichkeit von der gleichen Seite verneint wurde. (Sehr richtig!) Wir verurteilen in dem Telegramm an den Präsidenten Harding das Angebot, ihm das Schicksal unseres Volkes ganz auszuliefern. Präsident Harding hat durch die Ablehnung dieses Angebots mehr Gefühl für die Würde Deutschlands bewiesen als die Staatsmänner, die das Telegramm abgefaßt haben. Nach unserer Meinung geht überhaupt das Angebot der Regierung weit über die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Je mehr wir zurückweichen, umso unerhörter wird die Sprache des Herrn Briand. Minister Simons ist der verträglichste Mann der Welt, aber aus seinem hohen Gerechtigkeitsgefühl heraus bestritt er

die Staatsmänner des Auslandes so wie sich, das ist ein großer Irrtum. Noch heute gilt Rantes Wort, daß mir immer noch mit Ludwig XIV. kämpfen. Frankreich will um jeden Preis an den Rhein kommen. Wir fühlen uns auf das Wort: Jede Gewalt hat eine Grenze! (Zuruf des Abg. Dittmann: Sie sind der Typus des Gewaltpolitikers!) Die Auslieferung unseres produktiven Vermögens könnte auch unseren Arbeitern nicht gleichgültig sein. Was den Engländern mit dem kleinen Irland nicht gelungen ist, wird der Entente auch mit Deutschland nicht gelingen, wenn nicht Leute hier das große Wort führen wie der Abg. Dittmann. (Widerspruch bei den U. S.) Während uns die schwersten Gefahren drohen, amüsiert man sich in Berlin wie vorher. (Rufe der Sozialdem.: Ihre Kreise!) Die Kreise, die wir zu uns rechnen, trauern in Saal und Küche. (Widerspruch bei den Soz.) Die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende; sie wird auch 1921 nicht zu Ende sein. (Lebhafter Beifall rechts, vereinzelt Handklatschen auf der Tribüne, was der Präsident rügt.)

Als hierauf der Abg. Dr. Breitscheid (U. S.) das Wort erhält, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten den Saal. Der Redner sagt: Wir empfinden zur Wiederumkehrung auch eine moralische Verpflichtung, weil während des Krieges von deutschen Staatsmännern und Heerführern Zerkörungen verschuldet worden sind, die in der Hauptsache deutschen Kapitalisten Nutzen bringen sollten. Wir verfügen über Aktienstücke, in denen die angelegte Friedensliebe des früheren deutschen Kaisers eine ganz andere Beleuchtung erfährt. Die Schwerindustrie strebe darnach, die belgische und französische Industrie möglichst lange konkurrenzunfähig zu machen. Darüber wird Herr Stinnes Auskunft geben können. Wir haben die Pflicht, zur Wiederumkehrung bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu gehen. Gegen die Prüfung durch Sachverständigen-Kommissionen haben wir große Bedenken. Die Arbeiter sind die einzigen, die auf internationalem Gebiete positive Vorschläge gemacht haben. Die von uns verurteilte Gewaltpolitik findet mehr und mehr den Widerstand auch der Arbeiterschaft in den Ententeländern. Wenn die Deutschnationalen nicht den Mut haben, endlich zu sagen, was sie mit ihrer Gewaltpropaganda wollen, dann sind sie schlechte Kombianten, nichts weiter. Sie halten auch wir einen neuen Krieg für wahnwitzig, aber sie wollen mit ihren Putzereien politische Parteigeschäfte machen. (Sehr wahr bei den Soz.) In Potsdam haben bei der Bezeichnung der früheren Kaiserin die Monarchisten nicht Bistat geübt, sondern mit ihren Demonstrationen dem deutschen Volke ungeheuren Schaden zugefügt. Bei der Entlassung hat die Regierung recht wenig Energie entwickelt. Die Regierung hat viel Sünden auf sich genommen. Sie hätte nach dem Scheitern der Verhandlungen in London rechtzeitig Vorschläge machen sollen. Es war bedenklich, daß das deutsche Volk über die Schwankung der Politik des Ministers erst aus dem Pariser „Matin“ etwas erfahren konnte. Das Gerücht von der Indiskretion der „Germania“ ist doch nur eine Ausrede, mit der der Vatikan seine Abneigung gegen eine Vermittlungstätigkeit verdecken wollte. Das sind die Folgen der Geheimpolitik. Wir wollen diese kontrollieren können, und daher müssen die Befugnisse des Auswärtigen Ausschusses erweitert werden. Der Minister braucht sich in der Note nicht auf das deutsche Volk zu berufen. Das deutsche Volk ist nicht gefragt worden. Aber amerikanische Geschäftsleute haben den Wortlaut der Note entscheidend beeinflusst. Eine solche Politik darf man nicht treiben. Sonst könnte Karlchen Wiesnick als Staatsmann der Zukunft gelten. (Heiterkeit.) Mit der Note an Harding hat die Regierung Fehrenbach ein Hazardspiel getrieben. Wenn das deutsche Volk mit einem blauen Auge davonkommt, so ist dies ein unverdientes Glück der Regierung. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Fröhlich (Kommunist) vermischt in der Rede des Außenministers heftige politische Gedanken. Er richtet heftige Angriffe gegen die Regierung und die Rechte, aber auch gegen die Mehrheitssozialdemokraten, denen er Mitschuld an Kriegen und seinen Folgen vorwirft. Die Note der Regierung bilde nur eine Handhabe dazu, daß das internationale Kapital das internationale Proletariat ausbeuten kann. Die Vorschläge der Gewerkschaftsinternationale hätten die richtige Ausbeutung des Boßen geendet. Als der Redner sehr ausführlich auf den mitteldeutschen Aufstand eingeht, ermahnt ihn Vizepräsident

Dittmann, bei der Sache zu bleiben. Zum zweitenmal wird er zur Sache gerufen, als er in aller Breite die Tätigkeit der Sondergerichte kritisiert. Der Redner schließt unter lautem Gelächter der Rechten mit einer Kampfanlage an den Kapitalismus.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Müller-Franken und Helfferich wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß nach 6 Uhr.

Die Regierungen.
Kabinettsrat in Paris.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 27. April. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, vereinigten sich die Mitglieder des Ministerrats Briand heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysee.

Was zu erwarten war.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 27. April. Nach einer Savasmitteilung werden in zukünftigen Kreisen die neuen deutschen Gegenanträge für vollkommen unannehmbar gehalten. Das Außenministerium sei amüsiert von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlagen für eine föderliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen böten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken vorgeschlagenen Zahlen seien durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter der Summe der Pariser Abmachungen zurückblieben, die von den Verbandsregierungen als Mindestforderungen betrachtet wurden. Alle Anerbietungen seien von einer Menge von Bedingungen abhängig gemacht worden, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindernten.

Die Nervosität der Pariser Gewaltpolitiker.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 27. April. Die Pariser Regierungspresse legt großen Nachdruck auf den Kriegsrat, der gestern nachmittag die dem Parlament zu unterbreitenden Gesetzentwürfe genehmigt hat, die zur Mobilisierung des nach dem Ruhrgebiet zu schidenden Reservelagerunges notwendig sind. Trotzdem ist eine gewisse Unsicherheit in der französischen Presse unverkennbar und auch das Schreien nach der bewaffneten Aktion deutet darauf hin, wie nervös die Pariser Gewaltpolitiker angesichts des unberechenbaren Washingtoner Vermittlungswillens sind.

Das englische Kabinett.
(Eigener Drahtbericht.)
London, 27. April. (Reuter.) Das Kabinet hat die deutschen Reparationsvorschläge heute vormittag beraten.

Die Haltung der englischen Regierung.
(Eigener Drahtbericht.)
London, 27. April. (Havas.) Nach Mitteilungen aus zukünftigen englischen Kreisen ist die Einstellung der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note zunächst noch abwartend. Vor allem ist der Wortlaut der Note von dem amerikanischen Staatsdepartement noch nicht übermittelte worden. Der einzige Text, den man besitzt, ist die Uebersetzung der Berliner Veröffentlichung. Man hat tatsächlich aus Washington bisher noch keinerlei Nachrichten in dieser Hinsicht erhalten. Die Vorschläge, die bisher bekannt geworden sind, sind in Bezug auf die Sicherheit zu zweideutig. Es wurden deshalb bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald wie möglich zu erhalten. Erklärungen sind vor allem in Bezug auf den achten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach legt Deutschland keinerlei Zeit fest, innerhalb deren die Jahresraten bezahlt werden müssen.

Hughes und die alliierten Botschafter in Washington.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 27. April. Der „Matin“ verbreitet folgende Meldung aus Washington vom 25. April: Nach dem Kabinettsrat hat Staatssekretär Hughes mit den Botschaftern von Frankreich, Belgien, Italien und Japan konferiert. Der Botschafter von Großbritannien wird später ermartet.

Optimismus in Washington.
(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 27. April. Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, herrscht in wohlunterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der amerikanische Notenaustausch aus dem ergänszenden deutschen Angebot zu einem Uebereinkommen führen werde.

Die Presse.

Zustimmung der Wiener Presse.

Wien, 27. April. Die neuen deutschen Vorschläge und die gestrigen Ausführungen Dr. Simons finden in der Presse nach Form und Inhalt nahezu ungeteilte Zustimmung. Die Wälder drücken die übereinstimmende Ueberzeugung aus, daß nach diesem Angebot und nach diesen vom verantwortlichen Minister des Neuen gegebenen Erklärungen die Aufrichtigkeit und der gute Willen Deutschlands von aller Welt begriffen und anerkannt werden müsse und die Alliierten sich Verhandlungen auf dieser Basis nicht entziehen dürfen.

Die Pariser Presse lehnt die deutschen Vorschläge ab.

Paris, 27. April. Die Pariser Morgenblätter lehnen das neue deutsche Angebot ab, zum Teil mit scharfen Worten. Der „Matin“ stellt fest, das Angebot bleibe hinter dem Abkommen von Paris zurück. Das Blatt glaubt auch die von Deutschland gestellten Bedingungen, daß Oberbefehl bei Deutschland bleiben müsse, daß die Handelsfreiheit wiederhergestellt und daß die deutschen Werte im Ausland freigegeben werden müßten, ferner daß die Reparationskommission durch eine internationale Kommission von Sachverständigen ersetzt werden soll, bemängeln zu müssen. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß an der Befestigung des Ruhrgebietes nicht mehr gearbeitet werden könne.

Bertinax hebt im „Echo de Paris“ besonders hervor, daß der amerikanische normale Zinssatz zurzeit 9 und 10 Prozent betrage, nicht 4, wie der deutsche Vorschlag vorsehe. Er glaubt, daß der Staatssekretär Hughes entschlossen sei, sich der Meinung der Vorkommission von Frankreich und England anzuschließen. Die Vereinigten Staaten würden also offiziell das Berliner Papier Frankreich nicht mitteilen. Am Vorabend der Beratungen in London hätte der deutsche Schritt die französische Haltung.

Der „Petit Parisien“ meint, daß die angebotene Summe um die Hälfte hinter dem zurückbleibe, was das Abkommen von Paris vorsehe und kommt zu dem Schluß, daß das, was für die Londoner Vorschläge wahr sei, um so wahrer für die zweiten Vorschläge bleibe.

Das „Journal“ bemerkt, nicht Washington, sondern Berlin habe die Bedingungen mitgeteilt. Sie hätten also in den Vereinigten Staaten nicht die Bezeichnung „annehmbar“ gefunden. Der Graben sei unüberbrückbar; so habe Kougheur erklärt.

„Deuore“ ist der Ansicht, daß durch die Note der Berliner Regierung der Verfall der Vertrag ignoriert werde, da von ihm in dem ganzen Dokument nicht die Rede sei.

„Le Peuple“.

Paris, 27. April. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, das deutsche Angebot stelle nach seiner Ansicht eine nützliche Diskussionsbasis dar. Vielleicht würden die Pariser Gewerkschaften vor der Bruttozahl von 50 Milliarden Goldmark augenblicklich zurückweichen. Eine einfachere Berechnung zeige jedoch, daß das, was Deutschland biete, das, was Dr. Simons in London andot, um vieles übersteige. Das Blatt fragt deshalb, ob man sich unter diesen Umständen weigern könne, das Angebot zu diskutieren und zu prüfen.

Gemäßigtere Auffassungen.

Paris, 27. April. Die „Chicago Tribune“ glaubt, daß die Grundlagen der deutschen Vorschläge für Frankreich annehmbar seien und ihr Chefredakteur betont auf Grund zuverlässiger Erkundigungen, daß Frankreich es eigentlich doch nicht wagen dürfe, sich von den übrigen Verbündeten zu isolieren, indem es weiter hartnäckig auf deutsche Zahlungen bestünde, die die internationalen Finanzverhältnisse als unheilbar erkannt hätten. Weiter sagt die „Chicago Tribune“, Washington habe bereits dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß es einige Änderungen vornehmen müsse, in die Dr. Simons auch eingewilligt habe. Die Änderungen beziehen sich darauf, das deutsche Angebot formell den Pariser Abmachungen gleichwertig zu machen. Washington mache ferner geltend, daß ein Zinssatz von 4 Prozent von einer internationalen Anleihe zu niedrig sei (das war von vornherein auch die Auffassung der deutschen Sachverständigen). D. H. und teilt dann mit, daß man über einen größeren Zinssatz verhandeln werde. Man meint, daß Frankreich, da die Alliierten und die Vereinigten Staaten einen Druck zu kürzester Lösung der Reparationsfrage ausüben, die geänderten Angebote günstig ansehe.

In später Abendstunde wird aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt, daß man im allgemeinen mit der Wirkung des letzten Erfolges der amerikanischen Regierung und mit der Offenherzigkeit der Darstellung unserer Lage zufrieden ist. Auf jeden Fall rechnet man damit, daß die sogenannten Reparationsfragen, d. h. in Wirklichkeit die internationale Liquidierung der Weltkriegsforderungen von allen Ländern auch als notwendig aufgenommen werden, und daß eine allmähliche Erfüllung der deutschen Rente und der deutschen Verpflichtungen erfolgen wird.

Urwartende Haltung der englischen Presse.

London, 27. April. Die Presse veröffentlicht die neuen deutschen Reparationsvorschläge. So weit die Wälder dazu Stellung nehmen, ist ihre Haltung abwartend. „Daily Chronicle“ bezeichnet die neue deutsche Note an die Vereinigten Staaten als ein weit weniger unmögliches Dokument als ihre Vorgängerinnen. Es ist dem „Daily Chronicle“ zufolge klar, daß die drohende Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes bei Deutschland einen Grad der Gutmütigkeit hervorgerufen hat den bisher alle Appelle an die Vernunft und Gerechtigkeitsgefühle Deutschlands nicht zustande gebracht haben. Wenn Deutschland jetzt solche Angebote machen kann, dann hätte es ebenso gut schon vor Monaten sie machen können. Es sei wirklich schade, daß Deutschland es nicht getan habe. Das würde von neuem beweisen, daß Gewalt das einzige Argument sei, das Deutschland achte.

Die „Times“ bemerken, daß der deutsche Vorschlag sehr unklar in gewissen Dingen sei. Er zeige von neuem die Laft, die Deutschland in den letzten zwei Jahren mit so großem Erfolg angewandt hat. Die Vorschläge und ihre augenblickliche Formel würden von den Alliierten wahrgenommen werden.

„Daily Mail“ überreicht die neue Note mit den Worten „Offener Humbug“ und bezeichnet die Vorschläge als die alten mit Zuckerguß. Der diplomatische Berichtskorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, die Meinung der italienischen Kreise gehe ebenso wie die der britischen Kreise dahin, daß kein vernünftiger Versuch unternommen werden dürfe, die Lösung der Reparationsfrage auf dem Wege des Uebereinkommens mit Deutschland auf der Grundlage der Pariser Verhandlungen zustande zu bringen.

„Daily News“ glauben fest, daß die amerikanische Regierung die deutschen Vorschläge als indiskutabel zurückweisen werde.

Neutrale Stimmen.

Basel, 27. April. Die „Basler Nachrichten“ nehmen in ihrer Besprechung der deutschen Vorschläge in unvorhergesehener Form Stellung gegen die französischen Besetzungsabläufe und gegen die von Frankreich geplante Beschlagnahme der deutschen Kohlen. Der französische Hintergedanke sei dabei, daß die Neutralen bezahlen müßten. Die Neutralen sollten durch die Beschlagnahme Frankreich kontributionspflichtig gemacht werden und die deutschen Schulden zu bezahlen haben. Im gleichen Sinne sei die geforderte Auslieferung des Goldschates an die Bank von Frankreich aufzufassen. Das Blatt hofft, daß England und die Vereinigten Staaten mit dem französischen Standpunkt nicht einverstanden seien, erstens wegen seiner Kostenpolitik und zweitens weil ihnen eine Katastrophe der deutschen Mark nicht erwünscht sei dürfte. Wenn Frankreich demnach gegen die Interessen Englands und Amerikas und der ganzen Menschheit die prüfungslöse Ablehnung der deutschen Vorschläge durchsetzen sollte, so wird es sich rühmen können, die besten Diplomaten und die fatalsten Politiker auf dem Erdenrund zu besitzen. Die „National-Zeitung“ spricht von der unheimlichen Möglichkeit einer französischen Sonderaktion und sagt, die ganze Entwicklung der Zukunft der Welt hänge jetzt an einem Faden. Diese Frage sei nicht weniger entscheidend als jene im Juli 1914.

Ceterum censeo...

Basel, 27. April. Nach einem Pariser Telegramm der „Basler Nachrichten“ ist man in Paris mehr als je davon überzeugt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ausgeführt wird. Man weist darauf hin, daß sich die Alliierten verpflichtet hätten, keine deutschen Vorschläge anzunehmen, die hinter dem Pariser Abkommen zurückblieben. Man sei überzeugt, daß die Londoner Konferenz die Besetzungsvorschläge annehmen werde.

Zurückgewiesen.

Paris, 27. April. (Havas). Der Vorkommissionrat trat heute zusammen. Durch eine Note vom Ende vorigen Monats hatte die deutsche Regierung verlangt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihr und der Interalliierten militärischen Kontrollkommission hinsichtlich der Auslegung und der Durchführung verschiedener militärischer Bestimmungen im Vertrag von Versailles entstanden waren, dem Schiedspruch des Obersten Rates unterbreitet würden. Der Oberste Rat hat auf Vorschlag des Interalliierten Kontrollkomitees von Versailles den Vorschlag der deutschen Regierung zurückgewiesen und die von der militärischen Kommission in Berlin getroffene Entscheidung bestätigt.

Eine französische Unwahrheit.

Paris, 27. April. Bei der Ministerbegegnung in Lymyne war die Rede von dem Angebot der deutschen Regierung zur Mitwirkung beim Wiederaufbau aller zerstörten Gebiete. Nach dem Bericht der französischen Presse hat Brian Lloyd George erklärt, daß Deutschland bisher keine Materialien für den Wiederaufbau geliefert hätte. Demgegenüber muß auf Grund amtlichen Materials festgestellt werden, daß der Reparationskommission für die a. und a. Regierungen von der Kriegskontrollkommission feste Angebote auf

Reparationslieferungen im Gesamtbetrag von 11 1/2 Milliarden gemacht worden waren. Darunter befinden sich Baumaterialien wie z. B. Zement, Holz, Dachziegel, Fenster und Türen, ferner Möbel, sowie die verschiedenartigsten Maschinen für Bergwerke, Industrie und Landwirtschaftliche Unternehmungen usw. Wenn von diesen Materialien nur ein relativ geringer Teil geliefert werden konnte, so liegt das daran, daß die a. und a. Regierungen von dem Angebot nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht haben.

Keine Annäherung der Entenschnellen.

London, 27. April. Die „Times“ melden aus Washington: Staatssekretär Bellef hat erklärt, eine Annulierung der alliierten Schulden in Amerika sei undenkbar. Verschiedene Staaten hätten sich schon für die Abzahlung ausgeprochen und die Verhandlungen mit den einzelnen alliierten Staaten über die Schuldfrage würden der Feststellung der geeigneten Zahlungsform dienen.

Eine Rede Briands.

Am Dienstag gab in der französischen Kammer Ministerpräsident Briand eine Erklärung ab. Er sagte: Von Sythe zurückkommend, lege ich Wert darauf, Ihnen über das Ergebnis meiner Unterredung mit dem englischen Premierminister Mitteilung zu geben. Ich bin nach Sythe gegangen, um mit Lloyd George die Bedingungen einer demnächstigen interalliierten Konferenz, die unter den augenblicklichen Umständen unvermeidlich war, festzulegen. Ich habe dem ersten englischen Minister zur Kenntnis gebracht, welches die Absichten der französischen Regierung angesichts der Haltung Deutschlands sind. Ich habe ihm Aufklärung über die Vorbereitungen, die getroffen wurden, gegeben und ich habe ihm die Maßnahmen zur Kenntnis gebracht, die in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht von uns festgelegt wurden und zwar nach Anführung sachverständiger Leute. Ich muß erklären, daß die Unterhaltung in Sythe, die nicht offiziell war, weil unsere Alliierten nicht daran teilgenommen haben, die bestfriedigenden Ergebnisse gezeitigt hat. Im Grundgedanken waren wir einig. Wir sind übereingekommen, vor dem 1. Mai eine Konferenz einzuberufen. Diese Konferenz sollte in Paris stattfinden, aber angesichts der Schwierigkeiten in der innerpolitischen Lage Englands wurde ich nach London gehen. Das ist im Augenblick unsere Lage Deutschland gegenüber: sie ist klar! Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die ihm aus dem Vertrag von Versailles obliegen, im Verzuge, was die Sicherheitsfrage, die vitale Frage, und was die Frage der Entlastung der Kriegsschuldigen anbetrifft und schließlich die Reparation, d. h. die Zahlungen andererseits, zu denen sich Deutschland durch Unterzeichnung verpflichtet hat. Nach dieser Richtung hin ist Deutschland im Bankrott (es faillit). Die Reparationskommission hat ihre Nichterrolle gespielt und sie hat die Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten geprüft und ist zu dem Entschluß gekommen, daß Deutschland nicht 20 Milliarden, sondern nur 8 Milliarden bezahlt hat. Deutschland hat die Ueberführung des Goldes der Reichsbank verweigert, Deutschland hat sich an die Löhne-Slowatski, an die Schweiz und nach Rom gewandt. Es wurde zurückgewiesen. Schließlich hat es die Vereinigten Staaten von Amerika, in der bekannten Weise, angezweifelt. Es verlangt Vermittlung und Schiedspruch, gab banale Versprechungen und spricht von übertriebenen Forderungen angesichts seiner Armut. Unsere Verbündeten haben die Demarche mit Unversität und den Gefühlen, die sie den Alliierten

Schauspielergewerkschaft oder Kunstgenossenschaft.

Zur 50. Jubiläumstagung der Deutschen Bühnengenossenschaft.

Von Dr. Rudolf K. Goldschmidt (Heidelberg).

In Frankfurt haben die Delegierten der Deutschen Bühnengenossenschaft fast eine Woche lang getagt. Man hat sich über die kleinsten und kleinsten Dinge getritten, die Frage ventiliert, ob es reaktionär sei, schwarz-weiß-rot zu flaggen oder nicht, man hat viele für das Theater belanglose und trübselige Dinge vorgebracht. Aber es wurden auch Probleme erörtert, die die kunstinteressierten Laien sehr stark interessieren müssen, denn die diesjährige Tagung der Bühnengenossenschaft war die wichtigste seit ihrem Bestehen: ging es doch um die schwere Frage, ob die Bühnengenossenschaft eine vornehme Kunstgenossenschaft sein, oder ob sie sich zur reinen Arbeitergewerkschaft umbilden sollte. Die Bühnengenossenschaft ist die stärkste, mit Geldmitteln am reichsten ausgestattete Gewerkschaft geistiger Arbeiter. Auch deshalb verlobt es sich, auf die Tagung einzugehen.

Die Bühnengenossenschaft wird geleitet von dem Präsidenten Georg Nidelt, der sich um die Schauspieler einige Verdienste erworben hat, der aber durch sein persönlich sehr eitles und autoritäres Auftreten sich steigender Unbeliebtheit und Antipathie erfreut und in seiner Formlosigkeit nicht der Mann ist, die Gegenstände in der Genossenschaft auszugleichen. Er hat auch jetzt einen der verdientesten Vorkämpfer der deutschen Theaterkultur, den Theaterreferenten im preussischen Kultusministerium Dr. Ludwig Seelig mit einem Mißtrauensvotum und einer Protesterklärung zu diskreditieren gesucht. Das verurteilt den neutralen Beobachter, wie es auch peinlich berührt, daß in solchen persönlichen Dingen die Genossenschaft ihrem Präsidenten folgt, ohne die Berechtigung seiner Handlungsweise nachzuprüfen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Genossenschaft wie die Behörden gegenüber den Ratshälften des Präsidenten Nidelt etwas vorsichtiger würden. Es charakterisiert sehr bedeutungsvoll die kunstfremde Gesinnung der Genossenschaftsleitung, wenn ein Münchener Delegierter offen zugab: Wir haben J. B. Schwanmeide zum Intendanten gewählt,

nicht um seiner künstlerischen Eigenschaften willen, sondern weil er ein guter Genossenschaftler (I) war. Unter dem Protektorate Nidelts hatte also der gewerkschaftliche über den kulturellen und künstlerischen Gedanken gestiftet.

Nun besteht innerhalb der Bühnengenossenschaft eine radikale Richtung, die diesen gewerkschaftlichen Gedanken noch stärker betont wissen will. Die Richtung wird geführt von einer Hamburger Schauspielerin Marie Vorhies und einem Berliner Schauspieler Dr. Czempin. Das die Berliner und Hamburger es wagten, gegen den Präsidenten Nidelt zu kämpfen und eine recht ansehnliche Mitgliederopposition gegen ihn zusammenzubringen, könnte erfreulich wirken, wenn nicht die Beweggründe der Opposition jeder künstlerischen Anschauung hohen sprächen. Diese Radikalen degradieren die Schauspielkunst zu einem Handwerk. In dem Augenblick, da die Radikalen siegen und der deutsche Schauspieler sich auf den Boden des nur um den Geldbeutel kämpfenden Schauspielers stellt, ist es mit der Kunst vorbei. Die Schauspieler, die sich als Künstler fühlen, wenden sich auch mit Mißvergnügen von dem Treiben der Radikalen ab. Genaß, jeder, der sich mit dem Theater verbunden fühlt, muß dem Schauspieler den notwendigen Schutz gegen Ausbeutung und die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins wünschen. Wenn aber ein Radikaler erklärt, man müsse rücksichtslos den Kampf gegen die Direktoren führen, dann zeigt das von einem kindlichen Verkennen der Situation. Fürchte man die Streikdrohung der Radikalen aus, dann wäre in vielen Städten die einfache Folge solcher Bewegungen: das Schließen der Theater und die Streikenden säßen ohne Brot und das Publikum ohne Theater da. (Das lehniere ist leichter zu ertragen als das erstere!) Gegen eine solche Ueberpannung des gewerkschaftlichen Gedankens machen alle vernünftigen und einsichtigen Künstler Front. Natürlich sind diese Radikalen auf der Bühne gerade die schwächsten und unfähigsten Darsteller. Aber die deutsche Theaterkultur ruht nicht auf der Kunst des Herrn Czempin in Berlin oder eines Darstellers in Reumünster oder Forzheim, sondern wird von den starken und auch künstlerisch leistungsfähigen Kräften gefördert.

Es ist deshalb zu verstehen, wenn sich innerhalb der Bühnengenossenschaft eine Bewegung geltend machte, die von den kunstlosen Nurgeverkschaftlern sich abhebt und die künstlerischen

Fragen und Interessen in der Genossenschaft betont wissen will. Einweilen hat diese Bewegung sichtbaren Ausdruck gefunden im Zusammenschluß einiger der besten Berliner Schauspieler unter der Führung Wegeners. Diese sogenannten „Prominenten“ haben innerhalb der Genossenschaft einen eigenen Verband Berliner Bühnenkünstler“ gebildet und wollen auch für diesen Verband in der Genossenschaft mit besonderem Eiz und Stimme eine eigene Vertretung. Der Delegiertentag in Frankfurt hat den Verband dieser Prominenten nicht anerkannt und erklärt, auch der hervorragende Künstler müßte wie der talentloseste Mime nur über den Weg des Ortsverbandsdelegierten seine Wünsche und Forderungen vertreten. Das mag gewerkschaftspolitisch sehr richtig gedacht sein. Aber es fragt sich, ob das schroffe Vorgehen Nidelts, der zuerst mit den Prominenten partiierte und verhandelte und jetzt den Spieß gegen diese kehrt, taktisch richtig ist. Es kann die Zeit kommen, da die Prominenten im Reich sich zusammenschließen, und wenn die ersten Kräfte in Hamburg, München, Dresden und Leipzig mit den Berliner Prominenten gehen und aus der Genossenschaft austreten, dann könnten eines Tages die Theater sagen: Wir kündigen den Tarifvertrag, der uns verbietet, nicht der Genossenschaft angehörende Schauspieler anzustellen, weil wir ohne die Prominenten nicht auskommen können. Dieser Fall könnte einmal eintreten und deshalb hätte der Delegiertentag einen Weg der Verständigung finden müssen. Mit Nidelts ist nicht „gegen oder brechen“ ist es nicht getan. In der Aussprache haben einige Redner, darunter Neman und Baumach (Karlsruhe) die künstlerischen Ziele der Schauspielergewerkschaft gegenüber den gewerkschaftlichen Ideen unterzogen. Aber diese Gedanken müssen sich auch innerhalb der Genossenschaft und innerhalb der Lokalverbände durchsetzen. Die Verhandlungen in Frankfurt standen zeitweise auf einem Niveau, daß man jede Hoffnung aufgeben müßte, die künstlerischen Ideen über die gewerkschaftlichen siegen zu lassen. Vielmehr hätte eine ausgleichende wirkende Persönlichkeit als der derzeitige Präsident Nidelt es vermocht, auch die Radikalen davon zu überzeugen, daß der Schauspieler in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken darf, die Kunst sei ihm neben der Magentfrage gleichgültig. So aber ist der Radikalismus Nidelts, der in seinen Kundgebungen so

schwülstig hohe Phrasen von der kulturellen Aufgabe des deutschen Theaters zu prägen weiß, herrabfallig geworden. Die Entscheidung, ob Kunstgenossenschaft oder Gewerkschaft, hat die Frankfurter Tagung nicht gebracht. Sie hat die Richtung des Weges aber nach den gewerkschaftlichen Zielen weiter umgebogen, und wenn jetzt nach der Tagung weiter um die Bewegung der Prominenten gekämpft wird, dann werden die Genossenschaftler auf daran tun, die Radikalen von dem Abwege der Vorkämpfer zurückzuführen nach den mehr kulturellen Belangen. Das dies geschieht, beruht in weitem Maße das Interesse des deutschen Theaters. Deshalb darf jeder Arbeit der einsichtigen Genossenschaftler auch das deutsche Theaterpublikum Erfolg wünschen.

Bollischauspiele Defigheim.

Man schreibt uns: Die Dettinger Bollischauspiele unter Leitung des kunstfertigen Herrns Eiler haben sich mit kurzer Unterbrechung durch den Weltkrieg schon etwas über 10 Jahre erhalten. Das treffliche Spiel der einfachen Bürger, Bauern und Handwerker hat landauf und landab eine unermessliche und begeisterte Aufnahme gefunden und Freude und Profit im Finanzsack gebracht. Dieses opferbereite ideale Wirken kann dem kunstfertigen Spielleiter mit seinem Kreis wohl mit Recht als große soziale Tat in Anerkennung gebracht werden, die die Unterhaltung der Allgemeinheit im reichsten Maße verdient.

Es darf nicht verkannt werden, wie große Schwierigkeiten sich besonders in heutiger Zeit der Erhaltung und Weiterführung der Spiele entgegenstellen. Ganz abgesehen davon, daß es schon recht schwer ist, in unserer heutigen, dem Materialismus huldigenden Zeit hunderte von Personen für eine mit Dofen mancherlei Art verbundene ideale Sache zusammenzufassen und warm zu halten, bietet die starke finanzielle Belastung durch Verteuerung der Ausgabe nach jeder Richtung hin ein schwer zu überwindendes Hemmnis. Um das ideale Werk seines Charakters als Bollischauspiel und Volkstheater nicht zu entleeren, dürfte in der Zeit der Eintrittsbeiträge und Losen nicht Gleichheit gehalten werden. Dieser Umstand macht es nun umso wichtiger, die notwendigen Mittel zu beschaffen. Derzeitige Präsident Nidelt hat sich in diesem Sommer nochmals Eilers Herrns Eiler angeschlossen und gar wiederholt gesehen haben, bieten die verschiedensten manderlei Art wieder neue Reize und Kunstgenüsse. Die Spiele beginnen in diesem Sommer am Pfingstmontag den 16. Mai.

... sind, zurückgewiesen. Inzwischen haben wir erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt uns, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Wir meinen die Vorschläge nicht. Wir stellen fest, daß Deutschland sich nicht mehr an die Alliierten wendet. Deutschland weiß in der Tat, daß wir nicht haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Es weiß auch, daß alle bisherigen Verhandlungen zu nichts geführt haben und daß es nur Zeit gewonnen hat und wenn es sich uns direkt mit dem Verlangen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, es allen Grund hätte anzunehmen, daß wir ihm geantwortet hätten: keine Worte mehr, Taten, keine Versprechungen, keine Verhandlungen! Um aber Verhandlungen, die Deutschland wünscht, anzuknüpfen, wandte sich Deutschland an das Land, das ein ganzes Vertrauen und unsere ganze Sympathie hat, um dessen Neutralität wir bauen und für das wir tiefe Dankbarkeit empfinden. Wir haben volles Vertrauen in die Loyalität und die Ehrlichkeit der Vereinigten Staaten. Sie haben nur zu viel Grund gegeben, nicht an ihnen zu zweifeln und sicher zu sein, daß auch angesichts der Demarche die Regierung der Vereinigten Staaten nur eine Initiative ergreifen wird, die wir mit unseren Interessen geht. Ich bin überzeugt, daß kein Schritt, außer dem was ich eben gesagt habe, unternommen werden wird. Ich bin überzeugt, daß die Ereignisse mich nicht täuschen können. (Beifall)

Wir haben für den Vertragstag alle Positionen ergriffen. (Beifall) Wir sind bereit zu einer wirksamen Regelung entsprechend den Wünschen, denen ich hier Ausdruck gegeben habe. Wir haben als treue Alliierte gehandelt, wir haben nichts unternommen wollen, ehe sie die Bedingungen gestraft haben. In demselben Augenblick, in dem unsere technischen Kommissionen die Arbeiten vollendet hatten, haben wir unseren Verbündeten mitgeteilt, welche Maßnahmen wir zu ergreifen lassen, welches Ziel wir verfolgen und unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen angenommen werden sollen. Am 30. April werden die Verbündeten zusammenkommen. Dann werden die Arbeiten unserer Sachverständigen zu Ende gehen und die Maßnahmen, die wir für notwendig gehalten haben. Frankreich nimmt die Initiative zu derartigen Mitteln seine Initiative, in dem Gedanken, sofort Repräsentanten zu ernennen. Es tut dies nur gezwungen durch die Wünsche seines Schuldners, um ihn zu zwingen, seiner Unterwürfigkeit Ehre zu machen. Es will auch nicht dem Lande schwere Lasten auferlegen. Es greift zu diesem Mittel, welches alle anderen erschöpft sind.

Dieses Zwangsmittel wird ein moralisches und materielles Ergebnis haben. Das moralische begreift man, wenn man die deutsche Sprache liest und wenn man weiß, daß man es mit einer schwachen Regierung zu tun hat, die nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten verliert. Die Wirtschaft, die Hoffnungen, die die Zeitungen besitzen, leiten nach Briands Ansicht die deutsche Politik. Briand ist der Ansicht, daß, wenn diese Kreise über die wirkliche Lage unterrichtet sein würden, man einen Schritt zur Ausführung des Vertrages weiter gekommen wäre. Briand begriffte es, daß Lloyd George im Laufe des Jahres erklärt habe, wenn Deutschland nicht die Forderungen unterbreiten würde, die von den Alliierten angenommen werden könnten, das Ruhrgebiet besetzt werden würde. Der französische Hauptplan werde von der englischen Regierung durchgeführt werden, die sich auch an den Deutschen beteiligen werde. Er habe mit Vergnügen gelesen, daß diese klaren Worte von der ungetrübten Mehrheit mit Beifall aufgenommen worden seien. Er handle sich nun darum, daß am 30. April genügende Vorschläge vorhanden seien. (André Lescaze rief daswischen: „Und wir erhalten“)

Ministerpräsident Briand machte die Abgeordneten, nicht zu unterbrechen, er seine Worte wagen müßte. Er fuhr dann fort: Ich habe im Senat und hier in klarer Sprache ausgesprochen, wie wir die deutschen Vorschläge interpretieren müssen, damit jedermann, wenn Deutschland Vorschläge vorlegt mit dem Bewußtsein, eine Auseinandersetzung mit Sachverständigen anzuknüpfen, wir zuvorkommen werden: Nein! Inerit wird es jeder Seiten! Darauf haben wir mehr als notwendig, für unsere eigene Sicherheit sorgen zu müssen, denn wir haben mit Deutschland eine gemeinsame Grenze. Wir wissen von dem Ton der Presse, daß Deutschland sich weigert, die Entwaffnung vorzunehmen und daß Deutschland sich geweigert hat, die militärischen Organisationen nach Ablauf der Fristen zu lösen. Denn das kann die Lage im Westen sein. Die Entwaffnung hängt nicht von finanziellen Umständen ab, sondern lediglich vom Willen. Die Tatsache, daß dieser Wille nicht gezeigt hat, macht uns zur Pflicht zu erklären, daß Deutschland schlechten Willens geworden ist. Ich habe die verantwortungsvolle Aufgabe, die französische Regierung zu vertreten. Ich bin konstant, aber ich kann nicht der braven Taktik für die Zukunft mich gegenüberstellen.

Briand sprach dann davon, daß Deutschland Maßnahmen getroffen habe, um die militärischen Organisationen zu leiten. Alles das müßte Ende in Betracht gezogen werden und er sei davon überzeugt, daß die Alliierten nicht die geringsten Schwankungen feststellen werde, wenn es darum handle, den Franzosen die Mittel zu geben, die sie bezogen haben und eine Sicherheit zu gewährleisten. Das dürfte man mit Nachdruck verlangen.

Er sei davon überzeugt, daß er nicht nur Zustimmung finden, sondern auch die Unterstützung der Alliierten erlangen werde. Im Vertrauen habe die Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen. Gestützt auf dieses Vertrauen habe die Regierung mit den Verbündeten ein Einverständnis erzielt. Unter den gegenwärtigen Umständen werde er sich nach den Aufträgen richten, die er gegeben habe, und er sei überzeugt, daß die Kammer der Regierung das Verlangen nicht entziehen werde.

Der Abg. Tardieu verlangte die Regierung zu interpellieren.

Ministerpräsident Briand erklärte, er habe alles gesagt, was zu sagen sei. Ohne die den Alliierten schuldige Rücksicht zu verletzen, könne er darüber nicht hinausgehen. Ein Mitglied der Kammer habe immer das Recht, nach ihm das Wort zu verlangen, aber eine Interpellation lehne er ab.

Abg. Tardieu: Es handelt sich jetzt darum, der Regierung kein vorläufiges Vertrauen zu gewähren. Man muß wissen, ob die Regierung tatsächlich gewillt ist, den Friedensvertrag von Versailles, und nicht das Abkommen von Paris anzuwenden, wie es englische Berichte verlangen. Sollte sich in der Kammer keine Mehrheit finden, um ihm, Tardieu, zu folgen, so könne man sicher sein, daß sich im Lande eine solche Mehrheit bilden werde.

Lescaze billigt die Erklärungen Briands, behauptet aber, daß Deutschland sich geweigert habe, die Kriegsmaterialfabriken zu zerstören.

Abg. Wandel warf Briand vor, behauptet zu haben, der Vertrag von Versailles sei undurchführbar.

Briand erwiderte, er habe erklärt, daß der Vertrag von Versailles nur unter der Bedingung ausführbar sei, daß eine vollkommene Uebereinstimmung unter den Alliierten herrsche. Etwas anderes habe er nicht gesagt. Die sofortige Debatte der Interpellation Tardieu verweigere er. Die Kammer müsse ihr Urteil abgeben.

Tardieu beharrte auf der sofortigen Debatte, worauf die Regierung die Vertagung auf einen späteren Zeitpunkt verlangte und die Vertrauensfrage stellte.

Der verlangte Ausschub wurde mit 424 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Kammer trat hierauf in die vorgeschriebene Tagesordnung ein.

Deutsches Reich.

Die französische Propaganda in der Pfalz.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Unverkennbar hat die Werbetätigkeit für eine „freie Pfalz“ in der letzten Zeit mit verdoppeltem Eifer eingesetzt. General de Wels hat vor etwa zwei Wochen mit einflussreichen Kreisläusern verschiedener Parteien eingehende Besprechungen gehabt, um sie von der Notwendigkeit des Anschlusses der Pfalz an Frankreich zu überzeugen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die „freie Pfalz“-Bewegung und besonders die französische Einwirkung auf diese Bewegung eine große Bedeutung in die Bevölkerung der Pfalz hineintragen hat. Es herrscht eine außerordentliche Nervosität und ein allgemeines heimliches Mißtrauen gegen einander. Man kann sich kaum noch auf den besten Freund verlassen und befürchtet in jedem einen verkappten Anhänger der „freien Pfalz“-Bewegung. Hierzu kommt das völlige Unverständnis der deutschen Regierung für die Not der pfälzischen Bevölkerung. Wenn J. S. von dem Mitglied einer großen Partei mitgeteilt wird, seine Partei habe sich die rechtliche Hilfe gegeben, dem Redakteur einer kleinen Zeitung für eine von den Franzosen verhängte Geldstrafe von 10.000 Mark wegen eines Artikels über die schwarze Schwärze eine Entschädigung vom Reich zu erwirken, die Regierung habe sich aber nicht gerührt, so kann es nicht wunder nehmen, daß die Bevölkerung kühn wird. Erstlichserweise liefern die Franzosen selbst das beweiskräftigste Material gegen den Anschlußgedanken. Jeder Vergleich mit den Verhältnissen im Saargebiet führt zu Ungunsten des Anschlußgedankens aus. Die Sanktionen wirken im gleichen Sinne und dazu kommt schließlich das rücksichtslose Vorgehen gegen alle Deutsche und deren völlige Rechtlosigkeit gegenüber französischen Uebergriffen und Gewalttaten.

Weiter mehren sich die Klagen der pfälzischen Bevölkerung über die Schändlichkeiten der französischen. Aus Landau wird berichtet, daß dort seit vorigen Sonntag 400 schwarze Franzosen in Baracken untergebracht sind. Auch Kaiserslautern hat eine Befragung von mehreren hundert Mann schwarzer Truppen erhalten. In Germersheim hat die Stärke der schwarzen Befehls die Zahl der Einwohner erreicht.

Badische Politik.

Neuregelung der staatlichen Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge.

Amlich wird mitgeteilt: Nach dem vom Reich erlassenen und auch für die Länder maßgebenden vorläufigen Ausführungsbestimmungen zum Pensionsergänzungsgesetz muß vorerst davon abgesehen werden, die vor dem 1. April 1920 zurückgekehrt oder im Dienst verstorbenen Beamten ohne weiteres in die nach der neuen Befoldungsordnung sich ergebenden Aufstellungen einzureihen. Wo daher in der Befoldungsordnung Anstellungen der gleichen Gattung unter verschiedenen Befoldungsgruppen vorsehen sind, können jene Beamten zunächst nur in die untere Gruppe — Eintragsgruppe — einrechnet werden. Mit Rücksicht auf das vom Reich erlassene Sperrgesetz kann die in Baden nicht anders verfahren werden. Allerdings, daß es erwidert werden sollte, diese Beamten unter noch näher zu bestimmenden Voraussetzungen auch an den Aufstellungen teilnehmen zu lassen. In diesem Sinne ist die badische Regierung beim Reichsminister der Finanzen vortrefflich geworden. Wird dieser Anrechnung stattgegeben, so besteht das weitere von Amt wegen: Gehälter und Bezüge der betroffenen Beamten oder Hinterbliebenen sind nicht erforderlich.

Beamte, die erst nach dem 1. April 1920 in Ruhestand getreten oder im Dienst verstorben sind, verbleiben selbstverständlich in der Befoldungsgruppe, in die sie beim Wabung des Befoldungsgesetzes als aktive Beamte eingereiht worden sind oder (soweit dieser Befolgung noch nicht durchgeführt ist) demnach eingereiht werden.

Der im rubegehaltfähigen Dienstverbleiben enthaltene Dreifachlohn ist bekanntlich nach dem Durchschnitt sämtlicher Dienstklassen, so daß die Dienstklasse des tatsächlichen Wohnorts auf die Höhe des Ruhegehalts und des Witwen- und Waisenbells ohne Einfluß ist. Anders dagegen beim Teuerungszuschlag. Dieser richtet sich für Ruhestandsbeamte und Hinterbliebenen nach ihrem tatsächlichen ständigen Wohnort, also auch dann, wenn dieser Wohnort und der letzte dienstliche Wohnort des Beamten nicht der gleichen Dienstklasse angehören. Trifft ein Wechsel im Wohnort ein, so hat dies hinsichtlich der Teuerungszuschläge also unter Umständen eine Verringerung des Bezuges dieser Zulage entprechend der Dienstklasse, in die der neue Wohnort gehört, zur Folge.

Landtagslandnahmen.

In der letzten Mittelserversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Forstheim wurde an Stelle des Abgeordneten Bruno Hamann, der eine Wiederwahlung ablehnte, der Vorsitzende der Partei, Stadtverordneter und Kreisbeamter D. Graf, für die kommende Landtagswahl aufgestellt.

In der Mittelserversammlung der Deutschen (liberalen) Volkspartei in Seidelberg wurde der Spitzenkandidat für den 7. badischen Landtagswahlkreis aufgestellt.

Das Volkshul-Lebend.

Da die Fertigstellung des neuen Volkshul-Lebendes längere Zeit in Anspruch nehmen wird und eine Neuaufnahme des im Gebrauch befindlichen Lebewendes nötig ist, hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts aus dem I. und II. Teile die den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechenden Lebewende entfernt.

Aus Baden.

Erzeugerpreis für Kartoffeln.

Nachdem die Landwirte nunmehr die als Saatgut erforderlichen Kartoffeln ausgehend haben dürften und einen Ueberblick über jene Mengen besitzen, die sie noch zum Verkauf bringen können, besteht keine Veranlassung mehr, an dem Erzeugerpreis von 30 M für den Zentner festzuhalten. Das Ministerium des Innern hat daher die Erklärung dieses Preises als angemessen zurückgenommen.

Abhaltung eines Turn-, Spiel- und Sportfestes.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Leiter sämtlicher höheren Lehranstalten ersucht, die Abhaltung eines Turn- und Sportfestes, verbunden mit sportlichen Wettkämpfen, vor Beginn der Sommerferien ins Auge zu fassen. Gegebenenfalls soll dieses Fest, wenn irgendwie möglich, gemeinsam mit den übrigen höheren Lehranstalten und der Volkshule in die Wege geleitet werden.

X Forstheim, 27. April. Die 6. Hauptversammlung des Badischen Turnlehrervereins in's findet am 13. und 14. Mai hier statt. Es werden auf der Tagung auch die Fragen der körperlichen Ausbildung der weiblichen Jugend erörtert werden.

X Mannheim, 27. April. Aus Schmerz über den Tod ihres Mannes hat sich hier eine 47 Jahre alte Apothekerwitwe in der Küche ihrer Wohnung durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen.

X Mannheim, 27. April. Die Befugnisse des neu ernannten Sachverständigen beim hiesigen Amtsgericht sind, falls bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, recht weitgehend. Es kann den Pächtern für landwirtschaftliche und von Berufsgärtnern betriebene Grundstücke bei bestehenden Verträgen anderweitig regeln, kann durch Kündigung oder andere Umstände ablaufende Verträge bis zu 2 Jahren für fortwährend erklären und kann Pachtverträge aufheben und die Grundstücke dem Eigentümer zurückgeben.

X Heidelberg, 27. April. Der Stadtrat gibt eine Verfügung bekannt, nach der infolge des hier herrschenden Wohnungsmangels Einzelgehäusen und Ortsfremden der Bezug von Wohnräumen, einerlei, ob es sich um unmobilierte oder mobilierte Räume handelt, ohne Genehmigung des Wohnungsamtes unterlagt wird. Eine Zugangsverlaubnis braucht nicht eingeholt zu werden von den nur vorübergehend zur Erholung oder zum Besuch von Verwandten hier Aufenthalt nehmenden Personen.

X Weitzheim, 27. April. Am Samstag wird hier im Volkshaus ein Blindenerholungsfest eröffnet.

X Heidelberg, 27. April. In der Nacht zum 25. d. Mts. entwendeten bisher noch unbekannt Täter aus einem Güterzug mehrere Kisten mit Tabak und einen Koffer mit Kleidungsstücken. Der leere Koffer und zwei Kisten wurden hinter dem Bahndamm aufgefunden.

X Heidelberg, 27. April. Bei einem Streite verlor der Bäckermeister Wilhelm Johann aus Veerßen in dessen den ledigen 24 Jahre alten Eugen Michel durch fünf Stiche in den Unterleib. An den schweren Verwundungen ist Michel in der letzten Nacht gestorben.

X Heidelberg, 27. April. Die Heidelberger Hotelangehörigen sind gestern in einen Ausstand eingetreten. Es handelt sich dabei um Lohnfragen. Der Vorkind der Arbeitgeber, dem Schlichtungsausschusse die Regelung des Streitfalles zu unterbreiten, beauftragte der Angeklagtenverband mit dem Streik. Die Abstimmung hatte ergeben, daß 207 für und nur 2 gegen den Streik waren.

X Rastatt, 27. April. Die Detigheimer Volkshausspiele werden ihre Tätigkeit am Pfingstmontag wieder aufnehmen. Auch in diesem Jahre wird wieder Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ gegeben werden.

X Rastatt, 27. April. (Eig. Drahtber.) Am Sonntag nachmittag sprach in einer gut besuchten Versammlung des Bezirksvereins Ethenheim Generalsekretär Martin von Landesverband der Handwerkervereinigungen aus Rastatt. Der Redner schilderte zunächst die traurige Lage des Deutschen Reiches und des Handwerks, beleuchtete die Kriegsschäden des Reiches und die Mittel, um die bestehenden Nöte zu mildern. Dabei hob er auf die Mittelhandelsklasse, die Verjüngung des Handwerks mit Heeresgut und ionischen Rohstoffen ab. Es fehle an Aufträgen, obwohl die Wohnungsnöte bei einem Mangel von 1,2 Millionen Wohnungen zum Himmel schreie; die Förderung des Wohnungsbaus sei die beste Förderung des Handwerks. Dann empfahl er gegenüber den Arbeiterbauorganisationen die Handwerkerbauorganisationen, wie sie in Karlsruhe, Offenburg und Rastatt beständen, und wies auf die soziale Gefahr für das Handwerk hin. Auch die Frage des Pfingstmontages und die Lehrjahrsfrage wurde im Zusammenhang behandelt. Mit einem Appell zum Zusammenschluß des Handwerks im Landesverband fand die Versammlung ihr Ende.

X Achern, 27. April. In Dittenhöfen haben zur selben Stunde drei Geschwister geheiratet.

X Lahr, 27. April. Nachdem der Haushaltungsausfluß des Landtages für den Neubau des Gymnasiums 800.000 M bewilligt hat, dürften die Arbeiten demnach auf genommen werden. Man hofft, das Gebäude dieses Jahr noch unter Dach und Fach zu bringen.

X Lahr, 27. April. Die vor kurzem in Karlsruhe verstorbenen Witwe des Oberbürgermeisters Dr. Schuster hat der Stadt Lahr das Delbild ihres Mannes vermacht. Das Bild wird im Rathaussaal seinen Platz erhalten.

w. Niederwinden (H. Emmendingen), 27. April. Bei Dacharbeiten ist der Landwirt Anton Krüger abgestürzt und war sofort tot.

w. Triberg, 27. April. Die Reichspostverwaltung hat das Gebäude, in dem das Postamt untergebracht ist, nunmehr für 75.000 M erworben.

w. Bellingen, 27. April. Bei der Stadtbürger Mühle und bei Peterzell wurde auf dem Bahnhöfen die Leiche eines Mannes gefunden, dessen Kopf vom Kumpf getrennt war. Eine Monatsfahrkarte lautete auf den Namen Karl Oberfell, doch ist die Persönlichkeit des Toten noch nicht einwandfrei festgestellt, ebensowenig, ob es sich um Unfall oder Selbstmord handelt. — Ein Teil der Schwärzwälder Uhrenfabrik ist jetzt in das sogenannte Chronoswerk in Schwemningen verlegt worden.

w. Engen, 27. April. Die 22jährige Tochter des Feldbüblers Anton Gopp in Watterdingen wurde vor einem Schrank bewußtlos aufgefunden. Vermutlich hat sich, als sie Kleider in den Schrank hängen wollte, der dort bewahrte Revolver, den der Vater zu seinem Dienst benützt, auf unangelegte Weise entladen. Der Schuß hat das Mädchen oberhalb des linken Auges in den Kopf getroffen. Der Zustand des Mädchens ist ernst.

w. Donaueschingen, 27. April. Anlässlich der Vermählung des Erbprinzen hat der Fürst zu Fürstenberg der Stadt zur Errichtung eines neuen Krankenhauses bezw. zum Ausbau des bestehenden einen Betrag von 100.000 M zur Verfügung gestellt. — Dem Oberamtmann Weibel ist vom Staatspräsidenten die Summe von 1000 M überwiesen worden, die von den Mitgliedern des Staatsministeriums aus eigenen Mitteln zugunsten der Brandgeschädigten in Sunthausen aufgebracht wurden. — Die Rheinische Hypothekbank hat an die von dem Brandunglück in Sunthausen Betroffenen eine Spende von 2000 M (nicht 200.000 M), wie irrtümlich gemeldet wurde, zur Verfügung gestellt.

X Zell a. S., 27. April. Das Nichtfest des Klosterbanns konnte vor kurzem gefeiert werden.

X Kollnau bei Waldkirch, 23. April. Zur Erinnerung an den Friedensschluss zu Versailles hat die Gemeinde im Jahre 1919 zwei Pflanzbäume pflanzen lassen. Davon ist der eine ganz und der andere halb verodert.

X Sulzingen bei Forst, 27. April. Bei einem Schachfest fiel ein 4½jähriges Kind der Witwe Fischer in einen Kessel mit heißer Butterschmelze und erlitt so schwere Brandwunden, daß es am Tag darauf starb.

w. Engen a. S., 27. April. In der Werkstatt der Firma Karl Wibel & Co. ist ein Benzolbehälter in die Luft geflogen. Außer dem Materialschaden gab es keinerlei Verluste.

Sport/Spiel/Turnen.

Turnspiele.

Lamburnbach. Die beiden Turnvereine Mannschaften der hiesigen Vereine R.T.V. 1846 und M.T.V. führten am Sonntag in Eppingen auf Einladung des dortigen Turnvereins ein Propagandaspiel anlässlich des Gauheilfestes den zahlreichen erschienenen Zuschauern vor. Das Spiel kam schön in Fluß, so daß die Anforderungen, die die technische Seite an die Spielerinnen in hohem Maße stellt, gut beobachtet werden konnten. Schwand und trefflicher Spielstil beide Parteien, und es war eine Freude zuzusehen, wie beide oder flache Bälle in wechselläufigem Spiel über die hohe Leine geschlagen wurden. Lieben dieses Spiel die Turner bei uns mit Vorliebe, so ist es für das weibliche Geschlecht geradezu die geistige. Der Erfolg war auch der, daß der Turnverein Eppingen, der eine stattliche Frauenabteilung besitzt, gleich zwei Turnvereine-Mannschaften zu den diesjährigen Gauheilen anmeldete.

Sammelsport.

Eine gefällige Serie Wettspiele hat die Stadt Zarnowitz (Obersachsen) herangebracht. Die Hohensteinische Aufsicht hebt sich von der häufig kolportierten Umarmung Wirkungsdoll ab. Da alles, was das gefährdete Gebiet angeht, viel beachtet wird, dürfte der Sammler diese Mitteilung mit großem Interesse aufnehmen.

Schach.

Wettkampf. Am 24. April fand in Karlsruhe ein Städtewettkampf Ludwigschach — Karlsruhe statt. Gespielt wurde an 19 Brettern; Karlsruhe siegte mit 11½:7½.

Oberrheinischer Schachbund. Der Vorstand des Oberrheinischen Schachbundes, der sich am 24. April in einer Besprechung in Karlsruhe aufnahm, beschloß, am 27. und 28. August d. J. den 3. Oberrheinischen Schachkongress (vorwiegend in Baden-Baden) abzuhalten. Beitrittsbedingungen an den Bund und sonstige Anfragen sind zu richten an Herrn Max Ellinger, Karlsruhe, Solitenstraße 180.

Letzte Nachrichten.

Die Zwischenfälle in Bozen. (Eigener Drahtbericht.)

w. Bozen, 27. April. Der Gemeinderat hat in einer Trauerfeier eine Entschuldigungsangewandten, in der er dem Schmerz über die Opfer Ausdruck gibt, gegen die Gewalttaten protestiert und erklärt, daß die Bevölkerung nun gezwungen sein werde, sich selbst zu schützen und der Gewalt rechtmäßige Notwehr entgegenzusetzen. Eine am Montag unter freiem Himmel abgehaltene Versammlung faßte eine ähnliche Entschuldigungsangewandten.

Auch am Dienstag herrschte hier vollkommene Ruhe. Die Befreiung der Pöster erfolgte ohne Zwischenfall. Alle Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

w. Rom, 27. April. (Eig. Drahtber.) Die Eisenbahner in Venedig und Trient sind wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten.

Das Memelgebiet. (Eigener Drahtbericht.)

w. Königsberg, 27. April. In Memelland sind Bestrebungen im Gange, die für das Memelgebiet das Selbstverwaltungsrecht verlangen. Der Forderung nach Abstimmung sind auch Nichtdeutsche beigetreten. Die Bürger Deutschlands waren und bleiben wollen.

Der Markkurs in Zürich. (Eigener Drahtbericht.)

e. Zürich, 27. April. Heutige Schlussnotierung: 100 Mark 8,95 Geld, 9,05 Brief-Franken.

Aus dem Stadtkreise.

Unsere Bilder im Schaufenster: Das erste deutsche Regler-Deby in Halberstadt. Zum Schachwettkampf Lasker-Capablanca um die Weltmeisterschaft. Wettschwimmen im Hallenschwimmbad Neutölln. Vom Eröffnungs-Gürtendirennen. Abtransport der 1870/71 erbeuteten französischen Geschütze am Zeughaus. Vom großen Frühlingspreis in Treptow. Kollisionswettkampf in Berlin. Hohenwettspiel Süddeutschland-Berlin. Markttag in Klagenfurt. Fischelei in Amerika. Wohnungsnot in Estland. Beisetzung der Kaiserin Auguste Viktoria. Bau der Untergrundbahn in Berlin. Die neuen Fahrplanzeiger. Die neuesten Moden. Ein in der Nordsee gefangener Haifisch auf dem Fischmarkt. Baumblüte in Werder.

Es ist noch nicht zu spät



wenn unsere Postbezieher den Bezug für Mai-Juni heute noch erneuern; andernfalls muß mit Lieferungs-Störungen gerechnet werden. Es genügt ein einfacher Zettel, der beim Briefträger oder zuständigen Postamt abzugeben ist.

Pokaustrag. Bis her konnten höchstens 1000 Mark durch Pokaustrag auf einem Formular erhoben werden. In den Kreisen von Handel und Industrie ist man der Ansicht, daß dieser Betrag bei den heutigen Geldverhältnissen als zu niedrig bezeichnet werden muß. Die Handelskammer Karlsruhe hat daher bei der Oberpostdirektion den Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß diese Summe auf mindestens 5000 Mark erhöht wird. Die Oberpostdirektion hat den Antrag beifolgend dem Reichspostministerium vorgelegt.

Verbesserung im Güterverkehr. In Anbetracht der infolge des Verkehrsrückganges derzeit gänzlich leeren Wagenbestände werden nimmere wieder sämtliche künstlichen Einengungen ohne jede Einschränkung bei den Güterstationen zur Verbesserung angenommen.

Die Ferien an den Gewerbe- und Handelsschulen. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts weist in einem Erlasse an die Gewerbe- und Handelsschulen darauf hin, daß bei den Gewerbe- und Handelsschulen die jährlichen Ferien im ganzen 11 Wochen nicht übersteigen dürfen.

Firmung. Am Samstag trifft Bischof Dr. Drogos aus Bonn hier ein, am Sonntag, 1. Mai, in der alt-katholischen Aufstiegskirche vormittags 10 Uhr die hl. Firmung zu spenden. Die alt-katholische Gemeinde veranstaltet aus Anlaß der Anwesenheit des Herrn Bischofs nachmittags 4 Uhr im Saale des evangelischen Gemeindefaßes, Blücherstraße, eine Feiernsamm lung.

Vorverkauf von Eintrittskarten für den Stadtgarten und die Festhalle durch den Verkehrsverein. Am 1. Mai d. J. verlegt der Verkehrsverein seine öffentliche Hauptauskunftsstelle vom Hause Bahnhofsplatz 6 nach dem Hause Kaiserstraße 158 (Ecke Douglasstraße). Mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an wird ihm der Vorverkauf von Tages-Eintrittskarten für den Stadtgarten und von Eintrittskarten für die dort stattfindenden Musik- und sonstigen Veranstaltungen sowie für städtische Veranstaltungen in der Festhalle übertragen. Das Publikum wird diese Nachricht zweifellos begrüßen, da es nimmere in den Stand gesetzt ist, sich schon frühzeitig inmitten der Stadt mit solchen Eintrittskarten zu versehen, so daß ihm das Ansehen an den Schalterkasten des Stadtgartens, namentlich bei den Veranstaltungen selbst, künftig erspart wird. Eintrittskarten der fraglichen Art werden übrigens auch an den Schalterkasten im nördlichen und südlichen Stadtgarten abgegeben.

Die Karlsruher Familienkassenkasse hielt am 18. April ihre ordentliche Generalversammlung in der „Goldenen Krone“ ab. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden erstattete der Geschäftsführer Herr S. den Bericht über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes und anschließend über die finanzielle Lage der Kasse. Der Bericht fand volle Billigung der Versammlung. Die Erhöhung der Beiträge pro Klasse und Monat um 2 Mk. wurde einstimmig beschlossen. Die Neuwahlen ergaben die Bestätigung des seit-

herigen Gesamtvorstandes; für die auscheidenden Revisoren wurden die Herren Georg Andres und Oskar Lau gewählt.

Die Wunder der Sternenwelt. Das Thema, von Schriftleiter Vagutsche aus Heidelberg am Dienstag in der „Eintracht“ nimmerdings behandelt, hatte wiederum einen ausverkauften Saal gebracht. Und nicht nur das, sondern auch die Zuhörer hören wollten. Einlaß finden konnten. Es soll nun am 10. Mai ein dritter Vortragsabend stattfinden. Auch am Dienstag wurden Zuhörer und Vortrag die Hörer von Anfang bis Ende zu fesseln. Noch selten wurde die Größe des Saals so eindrucksvoll zur Vorstellung gebracht. Die Vorträge redeten ebenfalls eine deutliche Sprache. Hier sei nochmals betont, daß Herr Vagutsche einen Teil des Erlöses dem Beschaffungs-fond der Königshulsternwarte in Heidelberg zuwendet. Der Besucher trägt also dazu bei, daß der Wissenschaft die notwendigen materiellen Mittel zukommen. Sie kann, soll sie in Ehren bestehen, dieser nicht entraten.

Chronik der Vereine.

Die Badenia hatte am Samstag die aktiven und passiven Mitglieder eingeladen zu einem Vortrag des Chormeisters Baumann: „Die Frühjahrsfeste“. Welch großes Interesse die Veranstaltung begegnete, zeigte der überaus starke Besuch. Der Redner kam zuerst auf den nordischen Sittenkodex zu sprechen, besonders auf die Frühjahrsfeste und die Waldbräute, wie sie uns in der Edda überliefert sind. Hochinteressant war, wie der Zusammenhang der Naturmythen mit den späteren Sittenkodex nachgewiesen wurde. Und dann wurde in klarer Weise die Handlung der Frühjahrsfeste dargestellt. Die schönsten und charakteristischsten Stellen aus der Dichtung des schwedischen Dichters Esaias Tegner wurden vorgelesen und in Beziehung gebracht zu den Sagen, die der Komponist Max Bruch in seinem herrlichen Wert opernlied hat. Der Chor unterfachte diese Einleitung durch den Vortrag passender Stellen. In lebenswirdiger Weise hatte Opernsänger Karl Kamann die Partie des Frühling übernommen und mit seiner anerkannten Gesangsgabe zu großer Wirkung gebracht. Fr. Egg sang die Szenen der Jungfrau, besonders die ergreifende „Jungfrauenklage“ mit ungemein Ausdruck. Die Hauskapelle leitete den Abend ein mit „Morgensinnung“ und „Aes Tod“. Herr Kamann entwarf die Jubilee noch durch den Vortrag „Griegsches Liebeslied“, und der Vortrag des Violinconcertes G-Moll von Bruch durch Herrn Baumann am 10. Juni, vier stimmungsvollen Klängen. Es war der Abend reich an nachhalligen künstlerischen Eindrücken, und mit großer Erwartung darf man der Aufführung der „Frühlingstage“ am Pfingstsonntag entgegensehen.

Veranstaltungen.

Abendkonzert Viktor Dinand. Auf den heute Donnerstag im Eintrachtssaal stattfindenden Abendkonzert sei nochmals aufmerksam gemacht. Kartenverkauf bis 5 Uhr in den Musikalienhandlungen und am Saaleingang.

Staubbuch-Auszüge.

Chefangebote. 26. April: Wilhelm Schäfer von hier, Geschäftsführer hier, mit Maria Schuberger von hier; Christian Herr von Dersbach, Arbeiter hier, mit Luise Pfaff von Reichenbach; Frdr. Knoll von Forstheim, Kaufm. hier, mit Elisabeth Vogner von Eberbach; Otto Koll von Eberbach, Gewerbetreibender in Eberbach a. S., mit Frieda Vogner von hier; August Mai von hier, Bildh. Arbeiter hier, mit Anna Bacht von Guntach; Friedrich Reig von hier, Gefremonteur hier, mit Frieda Hart von hier; Wilhelm Kallenbach von Oberbach; Pabdenbengauer hier, mit Marie Kutz von Oberbach; Robert Schumacher von hier, Oberbach; Robert von Anna Bacht von hier; Dr. Karl Baerthel von hier, Referendar hier, mit Frieda Kutz von Oberbach; Lorenz Weipfer von Norden, Kunstformmeister in Barzel, mit Alice Hafer von Nandern; Georg Schumacher von Muenheim, Tagel. hier, mit Anna Franz von Stuttgart; Otto Frank von hier, Lehrer hier, mit Elsa Metzler von hier.

Geburten. 21. April: Martha Mina, Vater Emil Stober, Bediener; Irma Johanna, Vater Theodor Wanter, Kaufm.; Rosa Elisabeth, Vater Karl Rohler, Kaufm. - 22. April: Stefanie Rosa, Vater Frdr. Geisendörfer, Malch.-Schlosser; Hans Karl Hermann, Vater Theodor Kähler, Kaufm.; Herbert Emil, Vater Bernhard Schabe, Kaufm. - 23. April: Robert, Vater Robert Dettlingen, Aufseher; Kurt Julius, Vater Gregor Käfer, Mikrobien; Maria Katharina, Vater Josef Sobayo, Postkassierer. - 24. April: Werner Emil, Vater Alois Graf, Malch.-Formner; Herta Genoveva, Vater Otto Schuch, Eisen-Gilfschaffner. - 25. April: Franz Josef, Vater Leop. M. Sino, Schreiner; Eugen, Vater Gust. Brann, Eisenarbeiter; Selma Karl Josef, Vater Joh. Herrb, Kaufm.; Mich. August, Vater Aug. Krauth, Hilfsmonteur; Waltraut Helotte Frieda, Vater Karl Lotter, Monteur; Hans Christian Frdr., Vater Frdr. E. B. Köhler, Arb. - 26. April: Herbert Wilhelm, Vater Wilh. Polzassler, Steinhauser; Wilh. Frdr., Vater Wilh. Frisch, Gärtner; Frz. Frdr., Vater Frz. Herr, Mechaniker.

Todesfälle. 28. April: Karl, alt 2 Jahre, Vater Karl Sauer, Förner; Karl Alois Stein, Schöhm., ledig, alt 24 Jahre. - 27. April: Erich Horn, alt 46 Jahre, Gehilf. von Gustav Horn, Obermalkinist; Otto Gester, Schlosser, Chemann, alt 60 Jahre.

Verdammniszeit und Trauerzeiten erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, 28. April, 11 Uhr: Anna Weis, Oberbach; a. D. Gehilf. von Karlstr. 134. 8 Uhr: Rosina Huber, Landwirtin; Witwe, Leopoldstr. 33.

Sozialpolitische Rundschau.

Gesellschaft für soziale Reform.

(Eigener Bericht.)

Am Montagabend fand in der Technischen Hochschule die 7. Sitzung der Gesellschaft statt, bei der der Leiter des Badischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung, Dr. Hehrle über die volkswirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Arbeitsnachweises sprach. Er gab zuerst einen Überblick über die Entwicklung des Arbeitsnachweises von der Zeit des reinen wirtschaftlichen Liberalismus an. Damals ergab das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage unvermeidliche wirtschaftliche Krisen und besonders große Arbeitslosigkeit. Sehr bald begann unter marxistischem Einfluß die Empörung bei den Arbeitnehmern auszunehmen darüber, daß die Arbeit zur Ware geworden, die sie verkaufen mußten. In süddeutschen Gemeinden erga man voran in der Zentralisierung, und damit drang der öffentliche Arbeitsnachweis durch. Die Entwicklung dieses Instituts bis zu der Neugestaltung, die durch einen zuerst dem Reichstag vorgelegten Entwurf erwirkt werden soll, schilderte man der Redner in allen Einzelheiten. Erwähnt sei, daß bald eine Arbeitsberatung angefordert wurde, daß grundlegend für die Gestaltung des Arbeitsnachweises sein wird die Selbstverwaltung, die eingeführt wird, daß weiterhin Bestimmungen über das Verhalten bei Streiks auch diese schwierige Frage regeln. Ganz geklärt ist eine Frage noch nicht: die des Benutzungsmanagements. Aber es besteht die Möglichkeit, daß die einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern eine solche Pflicht in die Bestimmungen übernehmen, die nach dem Tarifrecht oder nach dem Be-

triebsrecht zwischen ihnen und den Arbeitgebern getroffen werden müssen. Der Arbeitsnachweis der Gegenwart ist in den letzten Jahren zu einem vielgestaltigen und sehr einflussreichen Institut geworden. Es genügt anzuführen, daß mit ihm verbunden ist außer seiner eigentlichen Nachweiskraft die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Berufsberatung, die Wandererfürsorge, die Beobachtung und statistische Beobachtung des Arbeitsmarktes u. a. Nicht zuletzt gewinnt der Arbeitsnachweis starken Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages selbst. Es bleibt daher notwendig, daß Gemeinde und Staat ihren Einfluß auf diese Behörde im alten Umfang beibehalten. Nach kurzer Aussprache schloß der Leiter der Versammlung den Abend mit Worten des Dankes an den Redner und einigen Erörterungen zu dem Vortrag aus seinem Arbeitsgebiet.

Schule und Kirche.

Schulsynode 1921.

Für das Karlsruher Dekanat war die erste Schulsynode am Mittwoch, den 27. April nach dem Gemeindefaß der Weststadt durch Dekan Rapp einberufen. Die beiden, von der Kirchenregierung gestellten Vornamen: Auswahl der bibl. Geschichten und ihre Verteilung auf die einzelnen Schuljahre, wurden von Hauptlehrer Eberhard und Hauptlehrer Sturm in eingehenden Vorträgen behandelt und in reformierende Weise zusammengestellt. Die Lehrerschaft sprach sich einmütig und mit Nachdruck für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule aus und brachte ihre Auffassung über die Notwendigkeit und Verteilung der christlichen Unterweisung erneut zum Ausdruck. Den Vorträgen wurde nach lebhafter Aussprache noch folgende, von Hauptlehrer Ulrich eingebrachte Resolution einstimmig angefaßt:

- 1. Mit der Reform des evangelischen Religionsunterrichts möge umgehend begonnen werden.
2. Zur Bearbeitung aller Forderungen (Stoffplanreform, Schaffung eines neuen kirchlichen Lehrbuchs und eines Hilfsbuchs für den Lehrenden) möge ein Ausschuss aus Lehrern und Geistlichen des Landes gebildet werden, dessen Entwürfe sobald wie möglich den Schuljahren zur Begutachtung vorgelegt werden.
3. Eine ständige Vertretung der evangelischen Religionslehrer ist einzusetzen, die in allen den Religionsunterricht betreffenden Fragen von den Kirchenbehörden gutachtlich zu hören ist.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 28. April. Landestheater, „Sesbanian“, 8 Uhr. Colosseum, „Die Walfahrt“, 8 Uhr. Weltpanorama, „Eisfluten“. Eintracht, Maxierabend Viktor Dinand, 8 Uhr. Mieter- und Untermietervereinigung. Mieterversammlung für die Oststadt, „Sur Arone“, 7 1/2 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe. auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen. Beobachtungen vom Mittwoch, 27. April 1921. 8 Uhr morgens (M.E.S.).

Table with columns: Ort, Wind, Wetter, Niederschlag. Rows include Hamburg, Königsberg, Berlin, Frankfurt, München, Kopenhagen, Stockholm, Genua, Paris, Marseille, Jülich, Wien.

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7 Uhr morgens

Table with columns: Ort, Wind, Wetter, Niederschlag. Rows include Wertheim, Albstadt, Karlsruher See, Baden-Baden, Willingen, Feldberg, St. Blasien.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Das mächtige Hochdruckgebiet breitet sich südwärts aus und drängt die flachen Tiefdruckausläufer nach Südwesteuropa zurück. Daher klarte auch in Süddeutschland das Wetter gestern noch auf. Die Nacht war noch kühl, doch sanken die Temperaturen nur noch auf der Saar bis auf den Gefrierpunkt. Mit der weiteren Ausbreitung des Hochdruckgebietes ist zunehmende Erwärmung und Fortdauer der heiteren trockenen Witterung zu erwarten.

Voranschlägliche Witterung bis Donnerstag, 28. April nachts: Fortdauer der heiteren, trockenen Witterung bei stillen Winden, zunehmende Erwärmung.

Table with columns: Ort, Temperatur. Rows include Schutterinsel, Rehl, Nagau, Mannheim.

Veit Groh & Sohn Herren-Maß-Schneiderei. Anruf 5009. Cucklauer Kaiserstr. 114.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die Getreide-Zwangswirtschaft.

Von Bädermeister Gust. Dennig.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Deutsche Beamtenbund, die Vertretungen eines großen Teils der Konsumenten, haben bei dem Reichsernährungsminister einen gemeinsamen Protest gegen die völlige oder teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft erhoben. Die genannten Verbände fordern ein Festhalten an der derzeitigen Zwangswirtschaft und eine Verschärfung der Kontrolle, da sie der Meinung sind, daß die freie Wirtschaft eine Verteuerung des Brotes bringe.

Auf der jüngsten Konferenz der Ernährungsminister in München war man im allgemeinen davon überzeugt, daß man an dem derzeitigen System der Zwangsbewirtschaftung des Getreides nicht mehr festhalten könne. Diese Ansicht gründet auf die feststehende Tatsache, daß der größte Teil unseres Getreidebedarfs aus dem Ausland bezogen werden muß, und ein sehr großer Teil der inländischen Ernte durch Schleichhandel der öffentlichen Erfassung entzogen wird. Unsere Inlandsproduktion an Getreide ist zweifellos nur infolge der Zwangswirtschaft bedeutend zurückgegangen, und wenn man in München sich entschloß, an dem alten System nicht mehr festzuhalten und andere Wege einzuschlagen, so geschah dies einzig und allein deshalb, um die Inlandsproduktion zu steigern. Das jetzige System, selbst bei einer verschärften Kontrolle, wie sie die oben genannten Verbände fordern, ist nicht dazu geeignet, die Produktion zu steigern; es wird vielmehr, wenn es weiter angewandt wird, zu einer weiteren Verminderung unserer inländischen Produktion führen, niemals aber zu einer reiklofen Erfassung des Getreides bei dem Landwirt. Es kann ja von einer Getreidezwangswirtschaft in vollem Sinne überhaupt nicht mehr gesprochen werden, weil eben die reiklofe Erfassung des Getreides eine Unmöglichkeit ist.

Die Zwangswirtschaft besteht eigentlich nur noch in der Brotmarke zwischen Konsument und Bäcker. Die Bäckereien aber können täglich die Erfahrung machen, daß es der Wunsch aller Konsumenten ist, daß die Brotmarke doch endlich abgeschafft werde. Dieses Verlangen der Käuferschaft ist um so mehr zu verstehen, als die kleine tägliche Brotration nicht ausreicht und förmlich zur Beschaffung von Mehl zu hohen Preisen im Schleichhandel und zum Kauf von anderen teureren Lebensmitteln zwingt. Die Bäckereien aber müssen recht oft in unverständlicher Weise die Meinung der Käuferschaft hören, daß es geradezu unerhört sei, daß man Lebensmittel wie Butter, Käse usw. in reichlichem Maße kaufen, aber nicht einmal das unbedingt dazu nötige Brot für gutes Geld beschaffen könne. Da doch die knappe bemessene Tagesration nicht ausreicht. Das Brot wird nach Aufhebung der Zwangswirtschaft im Preise steigen, allein die Befürchtung der Verbraucherverbände, daß es erheblich teurer werde, dürfte nicht zutreffen.

Man muß hier zunächst doch auch in Rechnung stellen, daß die Qualität des Brotes, die menschen infolge der Zusammenziehung des Mehles sehr zu wünschen übrig läßt, besser wird, denn bei einer freien Wirtschaft werden die Mühlen durch die Konkurrenz wieder gezwungen, einwandfreie Mehle zur Brotverfeinerung zu liefern. Ferner kommt noch in Betracht, daß mit dem Augenblick, in dem die Grundlage der Ernährung, d. h. Brot und Mehl, gut und in reichlichem Maße vorhanden sind, der Kauf aller jener Lebensmittel, die heute noch immer als Luxus für das minderwertige Brot und die kleine Ration gekauft werden müssen, überflüssig wird. Aber auch auf die Preise der übrigen Lebensmittel wäre bald zugunsten der Konsumenten eine Auswirkung festzustellen.

Die Zwangswirtschaft des Getreides kostet das deutsche Volk im Jahre 54 Milliarden. Außerdem werden aus Reichsmitteln zur Verbilligung des Brotes Zuschüsse in Höhe von mehreren Mil-

liarden im Jahre geleistet. Diese ungeheuren Summen müssen, da sie aus Reichsmitteln stammen, in Form von Steuern von den Verbrauchern wieder getragen werden, und so erfährt der Brotpreis dadurch doch eine indirekte Erhöhung. Alle diese Gründe sprechen dafür, daß man, selbst bei einer Erhöhung des Brotpreises, nicht davor zurücktreten sollte, die freie Wirtschaft wieder einzuführen.

Sollte nun ein Teil der Konsumenten infolge zu niedriger Einfuhrpreise nicht in der Lage sein, auf die Dauer den erhöhten Brotpreis zu bezahlen, dann hätte das Reich die Pflicht, nur für diese Verbraucher aus Mitteln der Allgemeinheit zur Verbilligung des Brotes beizutragen. Auf Grund des Steuerzettels wären diesen Verbrauchern Marken zu verabfolgen, die die Preisermäßigung des Brotes darstellten und die von den Bäckereien an Zahlungsfähigen angenommen werden. Die Bäckereien erhalten den Wert dieser Marken von den künftigen Stellen, welche letztere sie wieder mit den Landes- bzw. Reichsstellen verrechnen. Dieser Weg würde die Möglichkeit bieten, dem deutschen Volke die Grundlage seiner Ernährung, d. h. Brot und Mehl, zur Zufriedenheit zu sichern.

Die drohende Arbeitslosigkeit.

Die Handelskammer Karlsruhe hatte auf Anregung des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf letzten Freitag zu einer Sitzung eingeladen, in der die Frage einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge besprochen wurde. Neben den Vertretern der Handelskammer und der Gewerkschaften waren auch das badische Arbeitsministerium, die Generaldirektion der Reichseisenbahnen und die Stadtverwaltung vertreten. — Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen den Wunsch aus, daß mit allen Mitteln versucht werden möge, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, damit die Zahl der Arbeitslosen, die in Karlsruhe jetzt schon 2500 betrage, vermindert werden könne. Sie baten auch darum, von weiteren Entlassungen abzusehen, selbst wenn aus den Unternehmungen keine Gewinne mehr herausgewirtschaftet werden könnten und die Referenden aufgeschoben werden müßten. Welche Gefahr die Zusammenballung von Arbeitslosen bedeute, habe man bei den Unruhen in Mitteldeutschland gesehen. Staat und Gemeinden müßten durch Erteilung von Aufträgen und Inanspruchnahme neuer Projekte auch das Jhrige zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Von der Unternehmerseite wurde darauf hingewiesen, daß neben den Sanktionen, die bereits eine Störung im Wirtschaftsleben hervorgerufen haben und bei längerer Dauer auch eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßten, vor allem drei Ursachen für die ungenügende Beschäftigung der badischen Industrie und die jetzige Arbeitslosigkeit in Betracht kommen, nämlich die ungeheure Verteuerung der Frachten, das Fortbestehen der Zwangswirtschaft und die Steuerpolitik. Die badische Industrie müsse ihre Kohlen und sonstigen Rohstoffe zum großen Teil von weit her beziehen. Die dadurch und durch den Wiederverkauf der Fertigprodukte entstehenden Frachten, die für manche Artikel auf das Doppelte gestiegen sind, machen die badischen Unternehmungen auf vielen Gebieten konkurrenzunfähig. Die Ueberreste der Zwangswirtschaft in Gestalt der Preisprüfstellen erschweren der Industrie gleichfalls die Befähigung. Das damit verbundene Formularewesen und die außerordentlich langsame Erledigung der Anträge durch die Preisprüfstellen lähmen den Geschäftsgang der Industrie außerordentlich.

Von geradem katastrophalen Wirkungen aber könnte die Annahme des badischen Ertragssteuergesetzes, wie es zurzeit dem badischen Landtag vorliegt, werden. Es müßte zur Folge haben, daß badische Betriebe nach anderen Plätzen wandern, wo sie mit geringeren Frachten und einer

weniger schweren steuerlichen Belastung zu rechnen haben. Auch die ganze bisherige Reichssteuerpolitik, die eine Verteuerung des Kapitals mit sich brachte und dadurch dem Unternehmertum in weitgehendem Maße die Hände gebunden habe, sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Da Arbeitgeber und -nehmer unter diesen misslichen Verhältnissen gleichmäßig leiden, empfehle es sich, daß beide, und zwar auch durch ihre politischen Vertreter gegen die genannten Ursachen der Arbeitslosigkeit Front machen.

Die Vertreter der Generaldirektion konnten den Beginn weiterer Bahnbauten sowie die Vergebung von Aufträgen zur Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen sowie von Instandsetzungsarbeiten an die Industrie in Aussicht stellen. Die staatlichen Instanzen erwägen auch bereits, ob nicht Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge z. B. für den Bahnbau Lindeheim — Ruffheim verwendet werden könnten. Man trägt sich auch mit der Aussicht, die Neckaralbauten in weiterem Ausmaße in Angriff zu nehmen und die Arbeiten zur weiteren Ausnutzung der badischen Wasserkraft ab bald zu beginnen.

Der Vertreter der Stadtverwaltung wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß das Reichsgesetz über die Wohnabgabe schnellstens verabschiedet werde. Ohne die Wohnabgabe sei die Stadt außer Stande, das Banwesen weiter zu unterstützen, da ihr nur dann von den Geldgebern weitere Kredite eingeräumt werden, wenn deren Tilgung und Verzinsung durch die Wohnabgabe sichergestellt sei. Die intensive Bautätigkeit aber sei am besten in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Stadtverwaltung hat weiter die Eröffnung eines großen Industriegebietes bei der Maschinenbaugesellschaft und die Eröffnung des fünfzig Hektars großen Industriegebietes in Aussicht genommen. — Die Verabschiedung besäße die Einsetzung eines kleinen Ausschusses, dem Vertreter der Behörden sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören würden und der die Aufgabe haben soll, praktische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in die Wege zu leiten.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Generalversammlung des Vereins süddeutscher Mehlhändler.

Der Verein süddeutscher Mehlhändler hielt in Mannheim seine Generalversammlung ab, die sich eingehend mit der durch die Lockerung der Zwangswirtschaft neuerschaffenen Lage im Mehlhandel beschäftigte. Der Vorstand des Vereins, Dr. F. P. Bus, hielt einen Vortrag. Er wies darauf hin, daß durch die reiklofe Zwangsbewirtschaftung der Mehlhandel völlig lahm gelegt war, daß aber jetzt, nachdem wir uns ohne Zweifel auf dem Wege zur freien Getreidewirtschaft befinden, auch dem Mehlhandel wieder neue Aufgaben zugewiesen werden. Was das inländische Getreide betrifft, so ist zu sagen, daß das gegenwärtige System der reiklofen kommunalen Bewirtschaftung völlig in sich zusammengebrochen ist. Die Organe der Zwangsbewirtschaftung sind nicht in der Lage, die Erzeuger zu zwingen, auch nur einen kleinen Teil des notwendigen Bedarfs zur Mitlieferung zu bringen. Somit steht fest, daß das alte System der Getreidewirtschaft verschwinden muß. An eine Freigabe der Getreidezufuhr ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Das Hauptaugenmerk der Mehlhändlerorganisation muß darauf gerichtet sein, für die Einhaltung des inländischen Mehlhandels zu sorgen. Hier werde viel mehr als früher die Konkurrenz der Bäckergemeinschaften in die Waagschale fallen.

Am Schluß einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß eine rasche Freigabe der Getreidewirtschaft die alleinige Voraussetzung für die Befriedigung unserer Ernährungswirtschaft bedeutet.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 27. April. Die Börse eröffnet in lustloser Haltung. Es entstanden durch die Abgaben der Spekulation mehrfach Schwankungen. Für dieses Verhalten war eine neu erwachte Vorsicht mit einem leichten Mißtrauen verantwortlich zu machen. Die gestern erzielten Kursveränderungen in Montanpapieren gingen meist verloren. So eröffneten Phönix Bergbau, Buderus, Oberbair. darf niedriger. In vorwiegend behaupteter Haltung verkehrten chemische Aktien. Gebessert gingen Scheideanstalt, Elberfelder Farben hervor. Fast alle elektrischen Papiere schwächten sich ab. Deutsch-Uebersee-Zertifikate, die gefragt blieben, stellten sich etwa 20 Proz. höher, 1090. Im freien Verkehr waren Holzmann lebhaft gesucht, was Wiederaufbauarbeiten in Zusammenhang gebracht wurde. Die alten Aktien stellten sich auf 225 unterlagen späterhin aber mäßigen Schwankungen. Mexikaner schwach. Maßgebend für die neue Schwächung waren wiederum die unzweifelhaft bestehenden Bestrebungen zur Beschlagnahme. 5 Proz. Goldmexikaner 688, minus 12, Silber 440 minus 14, Baltimore, minus 10, 3 Proz. Reichsanleihe stark gefragt 69¹/₂. Scheideanstalt schwächer. Die Börse verkehrte weiterhin in großer Zurückhaltung bei unregelmäßiger Tendenz. Aktienwerke Kleyer und Benz-Motoren fester. Mannesmann blieben 11 Proz. ein. Interesse bestand für Baugesellschaften. Deutsch-Petroleum 775. Privatdiskont 3¹/₂ Prozent.

Frankfurt a. M., 27. April. (Eig. Drahtbericht) Abendbörse.

Devisen: Antwerpen 482¹/₂, Holland 224¹/₂, London 253, Paris 482, Schweiz 1110, Newyork 64¹/₂. Tendenz: unentschieden.

Effekten: Deutsche Bank 296, Mitteld. Kreditbank 179¹/₂, Bochumer Guß 569, Gelsenkirchen 322, Zellstoff Aschaffenburg 490, Zement Heidelberg 299¹/₂, Scheideanstalt 572, Höchster Farben 438¹/₂, Deutsch-Uebersee 1100, Licht und Kraft 199, Maschinenfabrik Badenia 304, Zellstoff Waldhof 474¹/₂, Zuckerr. Frankenthal 417¹/₂, Benz-Motoren 177¹/₂. Tendenz: fest.

Berliner Börse.

w. Berlin, 27. April. Mit Rücksicht auf die klare Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens liegt an der Börse die Unternehmungslust vollständig drüder, doch trat nirgends eine größere Neigung zur Abstoßung des Besizes an Industriepapieren hervor. Infolgedessen hatte die Börse einen Anstrich ziemlich allgemeiner Festigkeit. Bemerkenswert war die Aufwärtsbewegung der Augsburg-Nürnberg Maschinen, die 11 Proz. gewannen. Auch Orenstein und Koppel wurden teilweise reger gekauft und gewannen 13 Proz. Lothring. Hütte stiegen um 7 Proz. Deutsch-Uebersee-Zertifikate erholten sich um 40 Proz. Kaliverte waren durchweg gebessert und zwar Aschersleben und Westersleben um je 10 Proz. Schiffahrtsaktien schwächten sich mäßig ab. Canada-Aktien gewannen 25 Proz. In Petroleumaktien fand zeitweise ein reger Handel statt, was wesentliche Kursänderungen zur Folge hatte. Von Devisen schwächten sich die hoch im Kurs stehenden ab, während Italien und Frankreich sich höher stellten. Am Anlagemarkt erlangte die Kursänderung keinen größeren Umfang. Preußische Konsols gewannen Bruchteile eines Prozents.

Sachen.

Rheinische Creditbank Mannheim. Das Institut hat namens eines Konsortiums 15,6 Millionen Mark junge Aktien der Zuckerrabrik Frankenthal in Frankenthal mit Dividendenberechtigung ab 1. Oktober 1920 ausgeben, auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses vom 23. April d. J., übernommen. Den Aktionären der Zuckerrabrik wird ein Bezugsrecht zu 110 Prozent im Verhältnis von 2:1 eingeräumt.

Die Generalversammlung der Vorschubbank in Lörrach hat die Gewinn- und Verlustrechnung für 1920 genehmigt, die einen Reingewinn von 266,853 Mark erzielte und eine Dividende von 6 Proz. (wie im Vorjahre) vorsieht.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

27. Apr. 28. Apr.	
Badische Bank	315 - 310
Darmstädter Bank	180 - 180
Deutsche Bank	296 - 296
Diskonto Kommandit	248 75 - 246
Dresdener Bank	212 - 211
Mittel. Creditbank	173 50 - 173 50
Oesterr. Länderbank	82 - 83 50
Prälische Bank	153 - 153
Rhein. Creditbank	164 - 164
Südd. Diskonto-Ges.	194 - 192
Wiener Bankverein	40 25 - 40 25
Wirtzb. Notenbank	200 - 193 50
Göteborgs Bank	- - - 447 50
Bochumer Gußstahl	320 - 310
Harpener	- - - 403 -
Laurahütte	338 - 338
Aschaff. Zellstoff	332 - 332
Grün & Bildinger	275 - 275
Zementw. Heidelberg	292 50 - 300
Bau. Anilin	525 50 - 527 50
Scheideanstalt	575 - 579
Höchster Farben	438 50 - 435 50
Chem. Fabr. Mannheim	1090 - 1059
Deutsch Uebersee	199 - 201 25
Elektr. Licht u. Kraft	295 75 - 290 75
Gehr. Junghans	- - -
Adler & Oppenheimer	- - -
B. Masch. Badenia	300 75 - 285 75
Maschfabr. Durciach	303 75 - 309 50
Maschfabr. Grützner	393 - 391 50
Haid & Neu	350 - 349
Maschfabr. Karlsruhe	325 25 - 327 50
Oberursel	- - -
Schliack & Co.	200 - 199 50
Schulzbank Herz	330 - 400
Elektr. Baumwollspinnerei	- - -
Edlingen	- - -
Urenfabr. Furtwang	- - -
Wagon-Fabrik Pöschel	405 - 402
Zellstoff Waldhof	395 50 - 400
Zuckerrfabr. Waghäuser	474 - 477
Zuckerrfabr. Frankenthal	423 - 423
Benz Motoren	196 - 193
Mannh. Versich.-Ges.	- - -

Berliner Kursnotierungen:

27. Apr. 28. Apr.	
Festverzinsl. Werte	
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1921	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1924	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1927	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1931	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1934	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1937	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1940	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1943	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1946	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1949	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1952	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1955	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1958	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1961	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1964	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1967	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1970	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1973	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1976	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1979	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1982	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1985	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1988	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1991	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1994	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 1997	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2000	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2003	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2006	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2009	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2012	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2015	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2018	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2021	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2024	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2027	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2030	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2033	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2036	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2039	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2042	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2045	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2048	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2051	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2054	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2057	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2060	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2063	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2066	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2069	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2072	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2075	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2078	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2081	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2084	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2087	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2090	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2093	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2096	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2099	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2102	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2105	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2108	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2111	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2114	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2117	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2120	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2123	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2126	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2129	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2132	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2135	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2138	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2141	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2144	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2147	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2150	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2153	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2156	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2159	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2162	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2165	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2168	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2171	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2174	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2177	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2180	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2183	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2186	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2189	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2192	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2195	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2198	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2201	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2204	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2207	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2210	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2213	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2216	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2219	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2222	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2225	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2228	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2231	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2234	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2237	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2240	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2243	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2246	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2249	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2252	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2255	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2258	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2261	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2264	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2267	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2270	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2273	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2276	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2279	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2282	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2285	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2288	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2291	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2294	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2297	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2300	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2303	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2306	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2309	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2312	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2315	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2318	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2321	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2324	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2327	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2330	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2333	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2336	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2339	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2342	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2345	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2348	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2351	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2354	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2357	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2360	- - -
3 ¹ / ₂ Pr. Staatsanl. 2363	